

Newsletter von
KonNet e. V.

KoNText



Am heutigen Freitag,
30. Mai 2003, 09.30 Uhr,
begrüßen wir in der Vertretung des Landes
Baden-Württemberg bei der Europäischen Union
die Mitgliederversammlung des KonNet e.V.

Brüsseler Nachlese
+
Selbstständige Verwalter

Nr. 13 / Dezember 2003

Editorial



Jürgen Hessenauer

Ein herzliches „Dankeschön“ an alle, die dazu beigetragen haben, dass die Mitgliederversammlung (MV) 2003 in Brüssel ein großer Erfolg wurde. Der Vorstand hatte sich vorgenommen, 2003 den Mitgliedern etwas Besonderes zu bieten. Dies ist uns gelungen, denn die Rückmeldungen waren durchweg positiv. Sehr begrüßt wurde das attraktive Rahmenprogramm, die kulinarischen Köstlichkeiten der ausgewählten Restaurants und der Besuch der Baden-Württembergischen Vertretung in Brüssel. Auch der Vortrag von Richard Arnold (Leiter der BW Vertretung) und der Besuch des EU Parlaments hat sehr vielen Teilnehmern gefallen. Dabei kam das Netzwerken nicht zu kurz. Es bestand die Möglichkeit dazu beim gemeinsamen Frühstück im Hotel, beim Abendessen oder auf den Wegen zu den Veranstaltungen. Den Erfolg dieser Veranstaltung verdanken wir vor allem dem engagierten und einsatzbereiten Organisator Hubert Forster, dem das Lob für die gelungene Veranstaltung dieses Jahr gebührt. Mit diesem Erfolg ist die Erwartungshaltung für die MV 2004 hoch. Organisationstalente, die Zeit und Lust haben diese Aufgabe für die MV 2004 in Berlin zu übernehmen, melden sich bitte bei mir oder einem anderen Vorstandsmitglied.

Grüße vom Ersten Vorsitzenden

Seit der Gründung von KonNet e.V. 1995 ist an der Uni Potsdam ein weiterer verwaltungswissenschaftlicher Studiengang herangewachsen. Das Profil dieses Studiengangs ist nahezu identisch mit dem Konstanzer Ver. Wiss. Studium von vor 20-25 Jahren. Vor einiger Zeit wurde der Vorstand angesprochen, ob sich KonNet den Studenten und Absolventen dieses neuen verwaltungswissenschaftlichen Studiengangs in Potsdam öffnen könnte. Nach einigen Gesprächsrunden kam der Vorstand bei der erweiterten Vorstandssitzung im November 2002 zu dem Ergebnis: KonNet soll sich „explizit für andere verwaltungswissenschaftliche Studiengänge öffnen“ (siehe Editorial im KonText Nr. 12 vom 04.2003). Drei Gründe stehen dabei im Vordergrund:

1. Das Potenzial an Mitgliedern der Uni Konstanz ist ziemlich ausgeschöpft. Die Mitgliederzahl stagniert. Mit der Öffnung würden wir die Basis für mögliche Mitglieder vergrößern und ein besseres Fundament für erfolgreiche Vereinsarbeit schaffen.
2. Im Umfeld von Berlin werden sich zukunftsorientierte, für KonNet interessante Einrichtungen verstärkt ansiedeln, außerdem ist die Präsenz von Verwalterinnen und Verwaltern in Berlin hoch und
3. Als Berufsverband kann KonNet jetzt noch eine Nische besetzen, bevor dies andere Hochschulen verwirklichen (Marketing). Dazu kommt, dass KonNet laut Satzung auch jetzt schon anderen Personen offen steht. Um die Öffnung von KonNet für Studierende und Absolventen anderer politik- und verwaltungswissenschaftlicher Hochschulen in der Satzung zu verankern, beantragte der Vorstand bei der letzten MV eine Satzungsänderung. Der Vorschlag wurde kontrovers diskutiert. Er soll nun einer breiten Basis

vorgelegt werden. Aus diesem Grund soll bis zur MV 2004 eine Mitgliederbefragung durchgeführt werden. Ihr werdet also demnächst einen Fragebogen zu der Frage der weiteren Öffnung von KonNet erhalten. Ich bitte euch um rege Beteiligung. Mehr zu diesem Thema im Protokoll der MV vom 20.05.03.

Besonders erfreulich fand ich das Schreiben von Prof. Seibel, Fachbereichsprecher des FB Politik- und Verwaltungswissenschaft der Uni KN. Er lud mich darin als Vorstand von KonNet zu einer verbesserten Zusammenarbeit zwischen dem FB und KonNet ein. Konkret geht es um die Entwicklung und Implementierung neuer Studienabschlüsse (Bachelor of Arts und Master of Arts) bei denen er gerne auf die Erfahrungen der Absolventen und Absolventinnen zurückgreifen würde. Wir telefonierten und verabredeten ein persönliches Gespräch in den kommenden Monaten, um zu besprechen wie und in welchem Umfang dies geschehen könnte. Interessenten die sich zu diesem Thema einbringen möchten wenden sich bitte an mich oder die Geschäftsstelle.

Frohe Festtage und einen Guten Rutsch (vielleicht kommt der KonText ja noch vor Weihnachten bei euch an)
Euer

Jürgen Hessenauer
1. Vorsitzender

Regionalgruppen / Verwalterstammtische

Kennt ihr den Verwalterstammtisch in eurer Region? Wenn nicht, meldet euch doch einfach mal bei dem genannten Ansprechpartner und fragt nach dem nächsten Termin oder schaut im Internet unter www.konnet-ev.de. Wenn es in eurer Gegend noch keinen Stammtisch gibt, organisiert doch mal einen!

Meldet euch bei der Geschäftsstelle und ihr bekommt sowohl Infos über das „wie“, als auch eine Liste der Leute in eurer Gegend.

Was auf der Homepage von KonNet steht, kann immer nur so aktuell sein, wie es mitgeteilt wird. Hubert Forster als Betreuer der Website stellt eure

Informationen über Stammtische etc. umgehend ins Internet.

Also große Bitte: Schickt ihm die Infos (E-Mail: HuForster@aol.com), nur dann können sie auf der Website stehen!

Hamburg/Bremen: Michael Edele
Tel. privat: 040/39908177

Berlin/Brandenburg: Martin Schölkopf
Tel. 030/44038045
E-Mail: martin-sk@gmx.de

Leipzig/Dresden: Ulrich Essl
Tel. 0351/2542163
E-Mail: esslulri@smwa.sachsen.de

Ulm/Bodensee-Oberschwaben:
Christoph Schiedel
Tel. privat 07307/34663
E-Mail: schiedel@gmx.de

Stuttgart: Hubert Forster
Tel. 0711/626402, dienstl. 0711/25095404
E-Mail: HuForster@aol.com

Frankfurt/Rhein-Main: Uwe Zamponi
Tel. 06131/477978
E-Mail: Zamponi.Uwe@t-online.de

Augsburg/München: Iris Gehse
Tel. 0821/5084779
E-Mail: Iris.Gehse@t-online.de

Konstanz/Bodensee: Jörg Falduto-Ströbele
Tel. 07531/915162
E-Mail: joerg.falduto@t-online.de

Karlsruhe: Hans-Jürgen Römhild
Tel. 0721/2031034
E-Mail: roemhild@tesionmail.de

Brüssel: Katrin Huber
Tel. priv. 02/5342814, work 02/2847436
E-Mail: huberkatrin@web.de

Zürich: Michael Cemerin
Tel. 0041-1-3131372
E-Mail: cemerin@pw.unizh.ch

NRW: Jan Wiegels
Tel. 02161/478384
E-Mail: jan.wiegels@web.de

Impressum

Herausgeber: KonNet e. V.
Netzwerk Konstanzer
VerwalterInnen
Freudeneggerstr. 29 a
89250 Senden
Fon/Fax 07307/952274
E-Mail: mail@KonNet-ev.de
www.konnet-ev.de

Redaktion
Susanne Rometsch
Wieseneckerstr. 9
65474 Bischofsheim
Tel. + Fax 06144/44111
E-Mail:
rometsch@debitel.net
Heidrun Peschen
Döppchesstr. 37
52441 Linnich
Tel. + Fax 02462/205605
E-Mail:
Heidrun.Peschen@t-online.de

Layout
Heidrun Peschen

Texte + Fotos
s. Text- und Bildunterschriften

Ansprechpartner

Vorsitzender:
Jürgen Hessenauer
Tel. 06152/939-615
E-Mail: Jürgen.Hessenauer@Hessenauer.de

2. Vorsitzende:
Katja Schwanke
Tel. 07531/955954
mobil 0173/2169187
E-Mail: Katja.Schwanke@uni-konstanz.de

Geschäftsführer:
Christoph Schiedel
Tel./Fax 07307/952274
E-Mail: mail@KonNet-ev.de

Schatzmeister:
Jürgen Banzhaf
Tel. 06196/482263
E-Mail: juergen.banzhaf@db.com

Beisitzer:
Adressenmanagement
Jolande Wolpert
Tel./Fax 07307/952274
E-Mail: mail@KonNet-ev.de

KonText-Redaktion:
Susanne Rometsch
Tel./Fax 06144/44111
E-Mail: rometsch@debitel.net
Heidrun Peschen
Tel./Fax 02462/205605
E-Mail: Heidrun.Peschen@t-online.de

Website-Redaktion:
Hubert Forster
Tel. 0711/626402, 0711/25095404 (dienstl.)
E-Mail: HuForster@aol.com

Fundraising
Hans-Jürgen Römhild
Tel. 0721/2031034
Tel. 0722/381-2183 (dienstl.)
E-Mail: roemhild@tesionmail.de

Beauftragter des Fachbereiches:
Hans-Joachim Hartung
Tel. 07531/88-3554
E-Mail: hans-joachim.hartung@uni-konstanz.de

Informationen über KonNet:
KonNet e. V. -Geschäftsstelle
c/o Wolpert/Schiedel
Freudeneggerstr. 29 a
89250 Senden
Tel./Fax 07307/952274
E-Mail: mail@KonNet-ev.de

Inhalt

Editorial	3
Verschiedenes: Regionalgruppen / Verwalterstammtische	4
Inhaltsverzeichnis	5

Selbstständige

Verwalter als Einzel(n)Handlende - Grossstadtjuwelier	6
Heidrun Peschen -	7
Von der Verwaltungswissenschaft in die Selbstständigkeit - Personal- und Organisationsberatung	9
Selbstständig denken, selbstständig handeln - Beratung in politischer Kommunikation etc	10
Energie in der Selbstständigkeit - Energieberatung	11
Netzwerk für Selbstständige - Bund der Selbstständigen in Baden-Württemberg	12
Was macht den Mittelstand wirklich aus?	14

Brüssel

Vorträge	15
Mitgliederversammlung	17
Besuch des EU-Verfassungskonvents	17
Spaziergang und Stadtführung	19

Konstanz

Newsticker	19
Spot an: Interview mit Prof. Dr. Seibel	20
Verwaltungswissenschaft - Der große Aufbruch	22
Bachelor- und Masterstudiengänge sind neuer Wein in alten Schläuchen	24
Das Menschliche fehlt am Fachbereich - Interview mit Frau Blatt	25
Konstanz Spitze im Forschungsranking	27
Universität Konstanz beliebteste Gastuniversität	28
Erweiterungsbau der Universitätsbibliothek bezogen	28

Allgemeines

Druck auf die Blockierer wird weiter steigen - Ein Jahr nach Johannesburg	28
---	----

KonNet

Neues aus der Geschäftsstelle im Oktober 2003	30
Der neue Vorstand von KonNet	30
Aus den Regionalgruppen...	32
Beitrittserklärung	33
Änderungsmitteilung	34
Anzeigen im KonText	35

Verwalter als Einzel(n)Handelnde?

Wer Verwaltungswissenschaft studiert, geht sicherlich nicht unbedingt von einer Karriere als selbständiger Einzelhändler und schon gar nicht als Juwelier aus. Mit Schwerpunkt "Arbeit und Soziales" und einer Ausrichtung auf den Non-Profit-Bereich galt dies auch für mich.

So begann ich 1993 zunächst beim Deutschen Roten Kreuz im Bereich Internationale Katastrophenhilfe, und wechselte danach ins Organisationsreferat. 1995 wechselte ich als Fachreferent Personalplanung in die Hessen-Nassauische Landeskirche. Diese verließ ich 1998, um Unternehmensberater

bei KPMG-Consulting in München zu werden. Ende 1999 ergab sich aus firmenpolitischen Gründen die Möglichkeit, in den durch Bruder und Eltern geführten Familienbetrieb einzutreten.

Im Jahr 2000 bestand unser Familienbetrieb bereits aus drei unterschiedlich

am Markt positionierten Geschäften. Mit diesen decken wir nahezu alle Bereiche der Branche ab. Angefangen bei Modeschmuck und endend beim Luxusbereich wie Rolex, Breitling oder Chopard. In den darauffolgenden beiden Jahren haben wir die Herausforderungen des Marktes und der wirtschaft-

- Nachteile der Selbstständigkeit

- Delegation kleinerer Aufgaben und von Hilfsarbeiten nicht immer möglich
- Als Einzelhändler sind die konzeptionell-strategischen Aufgaben eher limitiert. Das Tagesgeschäft überwiegt.
- Hohe Verantwortung, nicht nur für einen selbst, sondern insbesondere für die Arbeitsplätze der Mitarbeiter/-innen
- Unternehmerische Fehlentscheidungen können kaum gemildert und nicht delegiert werden.
- Hohes unternehmerischen und damit persönliches Risiko, da Investitionen in der Regel nur noch mit Fremdmitteln möglich sind
- Arbeitszeitgestaltung betriebsabhängig
- Selbständigkeit, insbesondere im an lange Öffnungszeiten gebundenen Einzelhandel bedeutet im Regelfall mindestens 50-60 Wochenstunden Arbeitszeit.

+ Vorteile der Selbstständigkeit

- Erfolg und Misserfolg sind mehr oder weniger von der persönlichen Leistung abhängig. Schuldzuweisungen an Andere und ein Hadern mit den Umständen sind unmöglich und bei unternehmerischen Handeln auch nicht angemessen.
- Erfolgsabhängige Vergütung (kann auch Nachteil sein)
- Hohe Verantwortung, nicht nur für einen selbst, sondern insbesondere für die Arbeitsplätze der Mitarbeiter/-innen
- Die Unternehmenskultur ist selbst gestaltbar. Somit ist das Betriebsklima von einem selbst abhängig.
- In der Selbständigkeit sind die Entscheidungen schneller zu treffen und es sind eigene Entscheidungen. Gremiensitzungen, Erarbeitungen von Vorlagen, Entscheidungsprozesse, Abstimmungsprozesse zehren an den Nerven und manchmal auch an der Arbeitskraft.
- Arbeitszeitgestaltung ist flexibel
- Die Arbeitszeit ist nicht unbedingt länger als bei angestellten Führungskräften
- Generalist zu sein ist notwendig: Controlling, Personal, Werbung, Organisation, Einkauf, Verkauf - all dies und noch viel mehr sind "Chefsache". Dies kann sich erst ändern, wenn eine mittlere Führungsebene entsteht. M.E. ist dies im Einzelhandel aber erst ab ca. 50 Mitarbeitern realisierbar.
- Outsourcing (über die klassischen Bereich Personalabrechnung oder Buchhaltung hinaus) ist eine sinnvolle andere Lösung, benötigt aber ausreichend liquide Mittel.
- Der Umgang mit vielen Menschen in den verschiedensten Arbeitszusammenhängen (als Vorgesetzter, Teammitglied, Geschäftspartner, Dienstleistender, Verkäufer, Berater, Kunde etc.)
- Als Juwelier abwechslungsreiche und vielseitige Tätigkeit mit interessanten und schönen Produkten



Postkartenmotiv der Skulptur, die anlässlich des Umbaus am Haus angebracht wurde.

lichen Situation angenommen und 2001 eine weitere Filiale in Stuttgart eröffnet, die in allerbesten Lage in der Stiftstrasse Designer und Marken wie Gucci, Armani oder Longines verkauft. Danach erfolgte ein Umzug und damit verbundener Umbau unseres Hauptgeschäftes in Ravensburg, welches mit dem Standard eines Großstadtjuweliers große Marken und besten Service anbietet. Inzwischen haben wir in Büro, Werkstatt und Verkauf insgesamt ca. 20 Mitarbeiter.

Die Entscheidung für die Selbstständigkeit war nicht so groß wie bei Existenzgründern, da ich sowohl auf eine bestehende Infrastruktur, ein gutes Standing in den Geschäftsbeziehungen und einem bereits seit Kindheit vorhandenem "Stallgeruch" aufbauen konnte. Auf der anderen Seite ist jedoch auch der Druck größer, das Bestehende in der bereits erreichten Größenordnung erfolgreich weiterzuführen. Insgesamt

betrachtet ist solch eine Entscheidung in Zeiten, in denen viele Unternehmensnachfolger lieber Angestellte oder Beamte werden bzw. sogar Ihre Anteile verkaufen nicht sehr einfach und erforderte ein intensiveres Nachdenken und ein vorsichtiges Abwägen von Vor- und Nachteilen der Selbständigkeit (s. Kasten).

Die Gestaltungsmöglichkeiten in Organisationen sind - außer bei völlig neuen Geschäftsfeldern - geringer als in der Selbstständigkeit. Auch die Möglichkeiten "einfach so" Neues auszuprobieren oder Altes zu beenden sind nicht in dieser Weite gegeben. Stabsfunktionen in Organisationen können nicht entscheiden - Linienfunktionen müssen sich nach oben absichern. Zwar muss auch die Führungsebene im Angestelltenverhältnis vernetzt denken, ihr Handeln betrifft jedoch in der Regel linear und spartenorientiert das eigene Aufgabengebiet. In der Selbstständigkeit

muss vernetzt gehandelt werden, da der Geschäfts- und damit der persönliche Erfolg nur bei einem ganzheitlichen Funktionieren gewährleistet ist.

Für den Generalisten - und hiermit auch zu der Beantwortung der Frage nach dem einzelhandelnden Verwalter - ergibt sich in der Selbstständigkeit, die über die Eigenanstellung hinausläuft, ein breites und vielseitiges Betätigungsfeld. Wenn man dann sich noch mit einem Produkt beschäftigen kann, das Freude macht und mit dem man sich identifizieren kann, dann ist zumindest der Spaß garantiert und eine gute Ausrede für die harte Arbeit gegeben.

HENNING BARTELS
C/O JUWELIER BARTELS
BACHSTR. 44
88214 RAVENSBURG

Marketing: Tu's richtig oder lass es bleiben!

Heidrun Peschen
Public Relations

Das verwaltungswissenschaftliche Studium bietet sowohl inhaltlich als auch durch das fächerübergreifende Denken gute Voraussetzungen für den Bereich Marketing.

Da stand ich nun im allmorgentlichen Stau vor dem Aachener Kreuz, der die reine Fahrzeit locker verdreifachte. Wie viele Stunden meines Lebens habe ich in meinem Angestelltendasein im Berufsverkehr vertrödelt! Wie viel Zeit habe ich mit sinnlosen Tätigkeiten zugebracht, deren Legitimation darin bestand, dass sie schon immer so gemacht wurden. Wie viel Frust habe ich erlebt, wenn Kollegen die einzige Motivation im Schmerzensgeld am Monatsende sehen. Konnte das schon alles sein, fragte ich mich damals, als ich im Marketing eines Finanzdienstleisters versuchte, die Welt zu bewegen.

Eines Tages wurde mir bewusst: Ich war meinem generalistischen Ansatz untreu geworden. Durch das Studium der Verwaltungswissenschaften habe



Heidrun Peschen

ich interdisziplinäres Fachwissen erworben. In meiner ersten Arbeitsstelle

als Frauenbeauftragte in einer Landkreisverwaltung musste ich mich mit allen Politikbereichen auseinandersetzen. Schließlich machte ich noch eine journalistische Ausbildung mit dem Schwerpunkt Multimedia - eben auch interdisziplinär. Als man mich dann bei jenem Finanzdienstleistungsunternehmen auf eine immer eingeschränktere Tätigkeit reduziert hat - Spezialisierung, wie es so schön heißt - kündigte ich. 1999 entschied ich mich für die Selbstständigkeit, um wieder vielschichtige Probleme lösen zu können.

Heute bin ich PR- und Marketingberaterin. Ich entwickle hauptsächlich für kleinere Unternehmen individuelle Marketingkonzepte und -strategien. Beim Einsatz der Marketinginstrumente berate ich sie, damit sie ihre

Zielgruppe erreichen: konzentriert, persönlich und langfristig wirksam. Die Kommunikationsmaßnahmen setze ich zusammen mit meinen Kooperationspartnern und freien Mitarbeitern um. Zielgruppe im PR-Bereich sind kleine und mittelständische Unternehmen sowie Institutionen.

Erfolge machen Mut

Am Anfang meiner Selbstständigkeit wickelte ich als Subunternehmerin Großprojekte für eine international agierende PR-Agentur ab, wie z. B. eine Medienresonanzanalyse für die RWE oder eine Rekrutierungsbrochure für Océ. Die Erfolge machten mir Mut, direkt auf den Markt zu gehen. Von Beginn an arbeitete ich mit einer holländischen Grafik-Designerin zusammen. Selber layoutete ich nur noch für KonNet. Denn trotz weitgefächerter Kenntnisse und Fähigkeiten vertrete ich die Meinung: Schuster, bleib bei deinen Leisten! Das heißt für mich, dass ich mich auf Konzeptentwicklung, Beratung, Projektmanagement und das Texten konzentriere.

Schon bald kam unser erster großer Auftrag: eine umfangreiche Imagebrochure für das RKW NRW (Rationalisierungs- und Innovationszentrum, besser bekannt unter dem alten Namen Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft). Von da an entwickel-

te sich mein Unternehmen nicht nur umsatzmäßig, sondern auch inhaltlich.

Durch die redaktionelle Betreuung des Internet-Berater-Portals vom RKW kam ich auf die Idee, meine alten Marketingkenntnisse aus dem Studium zu reaktivieren und zu aktualisieren. Mein zweiter Geschäftszweig war geboren: Beratung mit Schwerpunkt Existenzgründung und Marketing. Marketing ist ja bekanntlich mehr als nur Werbung. Im Mittelpunkt stehen Fragen, deren Antworten die Grundlage für unternehmerische Entscheidungen bilden, wie z. B.: Warum entscheidet sich der potenzielle Kunde für oder gegen ein Unternehmen? Wer ist die Zielgruppe? Wie kann sich ein Unternehmen positiv vom Wettbewerb abheben? Was kann die Marktposition stärken? Können Marktnischen besetzt werden? Wo sind die Stärken und Schwächen? Wie kann mit den Kunden kommuniziert werden?

Einen Schritt weiter denken

Die Beratungen wickele ich hauptsächlich über die Förderlandschaft der Länder und des Bundes ab. Erstaunlich finde ich immer wieder, wie wenige Unternehmen überhaupt wissen, dass sie beispielsweise für eine Marketingberatung staatliche nicht rückzahlbare Zuschüsse erhalten können und zwar je nach Beratungsprogramm unabhängig

vom Unternehmensalter. Auf Bundesebene sind es immerhin mindestens 40 Prozent der Beratungskosten; auf Länderebene manchmal viel mehr. Das hört sich für Unternehmer und auch Berater fast an wie Schlaraffenland. Den Haken erkannte ich allerdings schnell: die Haushaltssperre! Deswegen gab es dieses Jahr nur zwei Monate Fördermittel aus dem Beratungsprogramm Wirtschaft in NRW. Die Beratungsprogramme laufen noch bis 2005. Angesichts der angespannten Haushaltslage ist die Zukunft ungewiss...

Deshalb habe ich in diesem Monat als weiteres Standbein ein zweites Unternehmen gegründet (Ich hoffe, die KonText-Leser verzeihen mir, dass sie deswegen so lange auf die Lektüre warten mussten).

Mit Networking zum Erfolg

Zusammen mit einer Kollegin, eine hervorragende Didaktin, werden wir Seminare rund ums Marketing anbieten. Unser Ansatz ist sehr praxisorientiert. Vor allem wollen wir kleinere Unternehmen dazu bewegen, mehr zu kooperieren und voneinander zu lernen sowie gemeinsam andere Wege im Marketing zu gehen. Dies halte ich für eine sinnvolle Strategie, damit auch kleine Unternehmen am Markt erfolgreich sein können, während die Großen fusionieren und immer größer werden.

Der Marketingplan



Networking und Empfehlungsmarketing ist nicht nur ein vielgefragtes Seminar von uns. Vielmehr ist es eine Marketingstrategie, die ich selber mit meinem Unternehmen mit Erfolg praktiziere. Ich bin in zahlreichen Netzwerken vertreten und arbeite mit vielen Kooperationspartnern zusammen. Durch das fächerübergreifende Denken – und damit schließt sich der Kreis wieder – ist es mir gelungen, mein Unternehmen innerhalb dieser unterschiedlichen Netzwerke zu einem Knotenpunkt zu machen.

HEIDRUN PESCHEN - PUBLIC RELATIONS
DÖPPCHESSTR. 37 . 52441 LINNICH
FON/FAX 02462 205605
INFO@HEIDRUNPESCHEN-PR.DE
WWW.HEIDRUNPESCHEN-PR.DE

Von der Verwaltungswissenschaft in die Selbstständigkeit

peopledynamix

Die Wege aus dem verwaltungswissenschaftlichen Studium in die berufliche Praxis sind vielfältig:

Öffentliche Verwaltung, Politik/Verbände, privatwirtschaftliche Unternehmen - die Auswahl erscheint nahezu grenzenlos.

Die Selbstständigkeit als eine Alternative spielt in diesem Sammelsurium beruflicher Optionen jedoch meist eine untergeordnete Rolle. Gerhard Maier, in den frühen 90er Jahren Student der Verwaltungswissenschaften, hat diesen Weg konsequent verfolgt. Im KonText erzählt er uns, wie er sich einen seiner Lebensträume erfüllt hat: das eigene Unternehmen.

Zahlreiche Lehrstühle preisen mittlerweile Zusatz- und Aufbaustudiengänge in „Existenzgründung“ und „Entrepreneurship“ an, jedoch die Frage stellt sich: Auf welcher unternehmerischen Praxis ihrer wissenschaftlichen Kräfte? Und: Vielleicht bedarf es keiner Zusatzangebote und es gibt ihn bereits, den geeigneten Studiengang für angehende Unternehmer/innen...? Die Verwaltungswissenschaften als generalistisch geprägter Studiengang an der Uni Konstanz bieten zumindest eine nützliche Grundlage für selbstständige, unternehmerische Aktivitäten. Doch der Reihe nach...

1989 starte ich mein Studium an der Uni Konstanz. Die Selbstständigkeit noch in weiter Ferne, steht von Beginn an fest, dass ich meinen Aktionsradius über die Hörsäle und die Uni-Bibliothek hinaus suche. Bei aller Liebe zu wissenschaftlichen Details und theoretischen Ansätzen – richtig reizvoll werden diese für mich erst durch ihr Erleben in der Praxis.

Praxisaufenthalt prägt

Dies ermöglicht mir zunächst ein höchst spannender Praxisaufenthalt im Zentralen Bildungswesen der Mercedes-Benz AG. Inhaltlich prägen mich diese acht Monate sowie weitere zwei Jahre als ‚Beratender Referent‘ ebendort äußerst intensiv – die Welt der Personal- und Organisationsentwicklung erschließt sich mir in ihren vielen spannenden Facetten, die herausfordernde Zusammenarbeit mit unternehmensinternen Führungskräften wie mit externen Unternehmensberatern hinterlässt



Gerhard Maier

prägende Spuren. Und erste Gedanken an eine spätere Selbstständigkeit kommen auf...

An der Uni zurück fällt meine Wahl der Studienschwerpunkte konsequenterweise auf Management mit Organisation, Personal und Führung sowie Arbeitspolitik. Mein Hauptfokus liegt jedoch fortan darin, mir möglichst unternehmerische Kompetenz zuzueignen: Vor diesem Hintergrund starte ich 1992 mein erstes eigenständiges „Beratungsprojekt“, das mit der heutigen Erfahrung beleuchtet jeglichen Qualitätsanspruch vermissen lässt...: Anstelle der 0815. Hausarbeit zum Thema „Unternehmenskultur“ vereinbare ich dabei mit dem Lehrstuhl ‚Management‘, die Kultur einer interessanten Organisation zu analysieren und Handlungsempfehlungen abzuleiten. Meine Wahl fällt auf das kreative SWF3-Team, dessen Programmchef mir über drei Monate eine detaillierte Analyse ‚seiner‘ Organisation ermöglicht. Dass nach dieser intensiven Untersuchung – und einer höchst spannenden Zeit im Reich von ‚Elch,

Evi und Elmi“ – die Deadline zur Hausarbeitsabgabe am Lehrstuhl längst verstrichen ist, stört mich damals nur wenig...

Nach einem kurzen Ausflug als Schwerpunktsprecher und HiWi am Lehrstuhl von Prof. Keller übernehme ich kurze Zeit später die Funktion als Bundesvorstand der Studenteninitiative Market Team – und damit weitere unternehmerische Verantwortung. Nach ersten Kontakten mit Konstanzer Kommilitonen, die ich über bundesweite Treffen gezielt ausbaue, erhalte ich damit eine weitere wertvolle Chance, bereits zu Studienzeiten meine unternehmerischen Fähigkeiten aufzubauen.

Idealer Gründungszeitpunkt

Mit dem danach sich anbahnenden Ende meines Studiums stehen zwei Dinge fest: 1.) Ich visiere eine Selbstständigkeit als Unternehmensberater im Personal- und Organisationsumfeld an! Und 2.) Meine zwischenzeitlich gesammelten Erfahrungen reichen hierzu bei weitem nicht aus!!

Einige Jahre später – nach vier Jahren in der Personal- und Organisationsentwicklung des Lufthansa Konzerns sowie bei TRW Automotive Electronics und weiteren drei Jahren bei zwei internationalen Beratungsgesellschaften – sieht die Bilanz anders aus. Gemeinsam mit einem Beraterkollegen bei Arthur Andersen ergibt sich zu New Economy-Hype-Zeiten die konkrete Gelegenheit, in die anvisierte Selbstständigkeit zu wechseln. Zum 1. Oktober 2000 gründen wir die Peopledynamix GmbH in Köln, ziehen in unser erstes Büro direkt

am Kölner Dom/Hauptbahnhof und versuchen, die Welt der New Economy-Unternehmen zu erobern – als Dienstleister zur gezielten Optimierung des Erfolgsfaktors „Humankapital“.

Einige fremde Insolvenzen und unterschiedliche eigene Erfahrungen später existiert unser Unternehmen erfolgreicher denn je. Gemeinsam mit uns beiden Geschäftsführern ist unser Team von Beratern und Mitarbeitern inzwischen auf ca. 10 Personen angewachsen, mit Büros in Köln und Hamburg. Das gezielte Hinarbeiten auf den idealen Gründungszeitpunkt hat sich bewährt, der sukzessive und gezielte Aufbau

inhaltlicher Expertise wird durch das gewonnene Kundenvertrauen belohnt. Inzwischen unterstützen wir zahlreiche veränderungsbereite Unternehmen vor allem klein- und mittelständischer Größe an der Schnittstelle Unternehmensleitung – Belegschaft, um deren unternehmerische und Mitarbeiter-Potenziale zu identifizieren und zu realisieren.

Und was viel wesentlicher ist: Ein Lebenstraum ist in Erfüllung gegangen – und das Studium der Verwaltungswissenschaften an der Uni Konstanz hat dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet.

GERHARD MAIER
PEOPLEDYNAMIX GMBH
= HUMAN CAPITAL PARTNER =
GESCHÄFTSFÜHRER
HÜLCHRATHER STRASSE 6
50670 KÖLN
FON +49(0)221.13 05 61-61
FAX +49(0)221.13 05 61-99
MOBIL +49(0)172.732 8 731
GERHARD.MAIER@PEOPLEDYNAMIX.COM
WWW.PEOPLEDYNAMIX.COM

Selbstständig: selbst ständig denken, selbst ständig handeln

Nur sieben Prozent sind es in Deutschland, 14 Prozent in den benachbarten EU-Staaten – die Selbstständigen in der Gesellschaft.

90 Prozent der 2 Millionen Unternehmen bei uns haben weniger als 20 Mitarbeiter, rund ein Viertel haben nur einen Mitarbeiter und viele Selbstständige sind Einzelkämpfer; One-Man-Shows, die sich zeitweise in kooperativen oder kollaborativen Netzwerken zusammen tun. Es sind fast ausschließlich die beruflich relevanten Netzwerke und die persönlichen Kontakte, die dem Selbständigen in Deutschland auf Dauer das Überleben sichern. Deshalb sollten Selbstständige auf jeden Fall gern kommunizieren wollen.

Ist ein Selbstständiger ausgebildeter Verwaltungswissenschaftler, bringt er eine wesentliche Voraussetzung schon mit, die er für seine selbständige Tätigkeit im Dienstleistungsbereich braucht: vernetztes Denken und die Fähigkeit, sich in kurzer Zeit in unterschiedliche Themen einarbeiten zu können.

Niemand weiß genau, wie viele der bisher 2.500 Verwaltungswissenschaft-

ler in Deutschland selbständig sind und vor allem in welchen Bereichen? Oft sind die Wege in die Selbstständigkeit keine Geraden sondern entstehen auf Umwegen. Ich habe nach dem Studium bei einer politischen Stiftung als persönliche Referentin angefangen, dazu gehörte Reden schreiben, den Chef beraten und seine Aufgaben managen. Nach gut einem Jahr durfte ich ein eigenes Projekt leiten mit Ausbildungskonzepten und Seminarcurricula sowie Projektgruppen-Organisation. Zwei Jahre später kam die Leitung einer eigenen Abteilung direkt dem Vorstand unterstellt. Hauptaufgabe

Teilnehmer im Seminar



Iris Gruber-Beerfeltz



war, eine systematische Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für das In- und Ausland aufzubauen in Begleitung von Corporate Identity und Corporate Design sowie ein Marketing-Konzept für die politische Bildung in Deutschland zu entwickeln. Und weil partizipatives Führen, Management by Objectives, Management by Ideas ernst genommen wurden, konzipierten wir Workshops und Tagungen, bei denen die Teilnehmer selbst Themen bearbeiten und Lösungen entwickeln konnten. Dafür braucht es Kenntnisse der Moderation und Ideen für die Schaffung von konstruktiver Arbeitsatmosphäre. Mit 28 Jahren als Frau in leitender Position, sozusagen jung, dynamisch erfolgreich. Dann – nach sieben Jahren – kam die Frage, wenn nicht jetzt wann dann – und ich machte mich selbstständig.

Die Schwierigkeit anfangs ist, genau zu definieren, was man kann und was man nicht kann, denn davon hängt ab, welche Leistungen man erfolgreich anbietet und ob es gegebenenfalls schon Konkurrenz auf dem Markt gibt. Ich begann mit Beratung in der politischen

Kommunikation sowie Konzeption und Moderation von Seminaren und Konferenzen. Vom Moderationstraining für tibetische Chief Settlement Officers bis zur Redaktion einer Wahlkampfzeitung, von der internationalen Elite-Management-Konferenz bis zum Kreativworkshop zur Neuentwicklung eines mobilen Geräteträgers. Rund 180 Veranstaltungen mit rund 2500 Teilnehmern aus dem In- und Ausland aller Art waren in den letzten Jahren zu konzipieren und zu moderieren. Wichtig für uns Selbstständige ist dabei, das eigene Leistungsangebot immer wieder dem Bedarf anzupassen, auszuweiten oder zu fokussieren und sich selbst dabei immer up-to-date zu halten. Nicht einfach in der heutigen Informationsgesellschaft, in der es darum geht, aus der Flut an Informationen die wirklich wesentlichen herauszufiltern. Außerdem kommen noch die allgemeinen unternehmerischen Anforderungen dazu, die immer komplexer wurden und werden: Internet, Recht, Steuern, Kaufmännisches, Marktbeobachtung und Entwicklung eigener Unternehmensstrategien. Man muß selbstständig denken, selbst ständig weiter-

denken, um erfolgreich selbstständig tätig sein zu können.

Die Welt des Selbstständigen bietet ständig Überraschungen: Mal kommen viele Aufträge, dann wochenlang keine. Mal schlagen deine Ideen ein wie eine Bombe, das andere mal nur deine Kosten. Umsätze steigen und sinken – trotz vorher gut ausgetüftelter Businesspläne mit Umsatz- und Gewinnerwartung. Und dann triffst du als Frau den Mann deines Lebens, verliebst dich, heiratest und gründest eine Familie. Über Nacht wird aus der Geschäftsfrau die Ehefrau, aus der Netzwerkerin die Mutti in der Krabbelgruppe, aus der Veranstaltungsmoderatorin die Talkmasterin der Familie und aus der effizienten Managerin die etwas chaotische Haushaltsorganisatorin. Eine wunderbare neue Erfahrung, die für die weitere zukünftige selbständige Tätigkeit mit Sicherheit einen – wenn nicht DEN emotionalen Gewinn bringt.

IRIS GRUBER-BEERFELTZ

Energie in der Selbstständigkeit

Energieberatung - ein Geschäftsfeld mit Perspektive

Der Anteil der Selbstständigen an den Erwerbstätigen liegt in Deutschland innerhalb der EU mit 7,7% auf einem schlechten Mittelplatz. Griechenland führt die Liste mit 28,0% an, Großbritannien hat mit 5,0% die rote Laterne.

Politik sieht Selbstständigkeit als Zaubermittel gegen Arbeitslosigkeit

Im Zusammenhang mit den Rekordzahlen bei Betriebsaufgaben und Insolvenzen und weil die Politiker mit ihrer Beschäftigungspolitik am Ende ihrer Weisheiten sind, rufen diese immer lauter nach mehr Selbständigen. Auch Brüssel verlangt mehr Selbstständige, denn nur mittels mehr Selbstständigkeit könne die äußerst unerfreuliche Entwicklung der Arbeitslosigkeit eingedämmt werden.

Auf Basis der weltweit größten gesellschaftspolitischen Online-Befragung sind die umfangreichen Vorschriften in Deutschland für 60 Prozent der Bundesbürger weit vor der an Platz 2 genannten Finanzierungsproblematik das zentrale Hindernis auf dem Weg in die Selbstständigkeit. "Deutschland braucht eine intensive öffentliche Diskussion über seine Zukunft - wir dürfen sie nicht allein den Experten und Politikern überlassen - die Bürger müssen sie führen!", sagt der Deutschland-Chef von McKinsey in Zusammenhang mit den Ergebnissen dieser Studie.

Betriebe leiden unter Bürokratie

Vor allem die kleinen Betriebe leiden finanziell unter den vielen Verordnungen und Vorschriften.

Wellenweise wird Mittelstand und Bürokratieabbau als Thema von der Kaste der Berufspolitiker entdeckt. So konnte Lothar Späth seine schon zu Konstanzer Studienzeiten als Ministerpräsident gehaltenen Reden zur Verwaltungsvereinfachung und Bürokratieabbau als Superminister im Schattenkabinett Stoiber Jahrzehnte später wiederholen. Geändert hatte sich inzwischen nämlich nichts. 1996 wurde der Sachverständigenrat „schlanker Staat“ unter der Kohl-Regierung gegründet. Dieses Projekt scheint Wolfgang Clement mit seinem „Masterplan Bürokratieabbau“ fortsetzen zu wollen. Dennoch: Die Zahl der Gesetze, Rechtsverordnungen und Einzelbestimmungen explodiert weiter, Deutschland generiert weltweit zwar nur 2% des Steueraufkommens, aber dafür 60% der Weltliteratur zu Steuer-

themen. Nach Bewertungen der OECD bekommt innerhalb der EU nur Frankreich einen noch schlechteren Platz als Deutschland auf der Bürokratieskala.

Bürokratie kostet Tausende von Euros

Von 1998 sank laut DIHK die Zahl der jährlichen Neugründungen von 513.000 auf 452.000 im Jahr 2002. 1998 wurden 102.000 Firmen mehr gegründet als geschlossen, 2002 lag der Saldo nur noch bei 63.000. Laut einer Untersuchung bei Handwerkern stieg seit 1998 der bürokratisch bedingte Aufwand um mehr als 800 Euro pro Monat in einem mittleren Handwerksbetrieb. Nach einer Untersuchung der Deutschen Ausgleichsbank werden insbesondere Kleinbetriebe mit hohen Pro-Kopf-Bürokratiekosten belastet (2.500 €/Mitarbeiter für Bescheinigungen, Meldungen, Buchführung). Ferner fallen noch Tausende von Euros für Steuerberater an. Zusätzlich konterkarieren die vielen Verordnungen die wesentliche Vorteile kleiner Unternehmen, nämlich Flexibilität und Schnelligkeit.

Eine verlässliche, kontinuierliche Politik und Bürokratieabbau sind lange bekannte Möglichkeiten, Selbstständige und Mittelständler zu unterstützen. Sie bieten sich, weil kostenlos verwirklicht, gerade in Zeiten von Finanzkrisen an. Seit Jahren versagt hier jedoch die Politik, Staat und Verwaltung, wie wir

auch in unserem Kernkompetenzbereich Energiebeschaffung feststellen können. Jeder, der einen Stromschalter umlegt, aktiviert 5 Steuern und Abgaben. Die derzeitige Regierung ergänzte die Konzessionsabgabe und Mehrwertsteuer um die Abgaben zur Förderung der Erneuerbaren Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung sowie die Ökosteuer. Bis auf die Mehrwertsteuer kennt jede dieser Steuern und Abgaben Regeln und Ausnahmen. Ähnlich sieht es bei der Besteuerung von Öl- und Gasverbrauch aus. Weil das Verfahren zur Erhebung und Berechnung der Steuer handwerklich so schlecht gemacht wurde, wurde es, kaum in Betrieb, in 2002 schon wieder geändert. Weil man mehr Geld brauchte, wurden Vergünstigungen gestrichen, weil dadurch aber 2003 wesentlich mehr Betriebe unter die Härtefallregelung fallen, wird dieses Ziel voraussichtlich jedoch nicht einmal erreicht werden.

Ökosteuer: bürokratisches Monster

Mit dem Besteuerungsverfahren zur Ökosteuer wurde ein bürokratisches Monster geschaffen, das weder von den Unternehmen noch von der Zollverwaltung sinnvoll handhabbar ist. Ein System von unüberschaubaren Antragsanforderungen, Erstattungs- und Vergütungsmöglichkeiten, für die jeweils unterschiedliche Fristen zu beachten sind, stellt die Unternehmen vor kaum lösba-

re Bürokratieprobleme. Nicht selten wird deshalb auf die Vergünstigungen beziehungsweise die Erstattungen verzichtet. Die Komplexität der Ökosteuererstattungen hat inzwischen so ein Ausmaß erreicht, dass viele Steuerberatungsbüros die Gesetze und Durchführungsverordnungen nur teilweise beherrschen und sich häufig weigern, die entsprechenden Anträge zu bearbeiten.

Unsere Lösung

Deshalb und aufgrund von entsprechenden Nachfragen unserer Kunden haben wir als zusätzliches Geschäftsfeld die Energiesteuerberatung entdeckt. Im Vertrauen auf die Unfähigkeit von Politik und Verwaltung, die Bürokratie in den Griff zu bekommen, haben wir in Know-how Aufbau investiert, eine entsprechende Software entwickelt und neue Projekte akquiriert. Das sichert zumindest unseren Arbeitsplatz.

FRANZ REBSTOCK
GESCHÄFTSFÜHRER

EM: ENERGIE MAINZ GMBH
ALBERT-STOHR-STRASSE 20
55128 MAINZ
TEL: 06131 93 39 11; -39

Netzwerk für Selbstständige

Bund der Selbstständigen in Baden-Württemberg bietet viel für seine Mitglieder: Kontakte, Lobbyarbeit und direkte Dienstleistungen

"Der Mittelstand ist das Rückgrat der deutschen Wirtschaft".

Dieses Zitat durfte in kaum einer Wahlkampfede - egal welcher Partei - im vergangenen Herbst fehlen. Oft wurde diese Aussage dann weiter untermauert mit der Ergänzung, dass der Mittelstand - je nach Datenlage des Redenschreibers - ca. 75% der Arbeitsplätze stellt, über 80% der Ausbildungsplätze und fast 46% der Unternehmensinvestitionen etc.

Mittelstand, das hört sich bei allen Wählern gut an, weckt er doch das Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gruppe, mit der Eigenschaften wie "Durchsetzungsvermögen gegen die Großen", "Hemdsärmliche Macher" oder "schwäbische Tüftler" verbunden werden.

Mittelstand - gute Unternehmer?

Es sollte Spaß machen, die Interessen des Mittelstandes zu vertreten und leicht

**BUND
DER
SELBSTSTÄNDIGEN**
BADEN-WÜRTTEMBERG E.V

sein, ein Ohr der Politik für die Interessen und Probleme einer solchen Gruppe zu erhalten. Mittelstandslobbyist - ein Traumberuf?

Schaut man genauer hin, wird klar, das es sich beim Mittelstand je nach Definition um 99% bis 99,7% aller in Deutschland existierenden Unternehmen handelt, also Unternehmen, die weniger wie 500 Mitarbeiter haben und weniger als 50 Mio. Euro Umsatz.

Gemessen an der Beschäftigungsgröße sind die meisten der Unternehmen, die wir als mittelständisch bezeichnen, eher als Mikro-Unternehmen einzustufen. Etwa die Hälfte der Selbstständigen arbeiten alleine, haben als keine Mitarbeiter.

Einer von vielen Verbänden, die in Deutschland den so genannten Mittelstand vertreten, ist der Bund der Selbstständigen (BDS). Der Verband mit bundesweit ca. 80.000 Mitgliedern versteht sich als branchenübergreifender freier Wirtschaftsverband und bildet ein einflussreiches Netzwerk aus Handwerkern, Einzel- und Fachhändlern, aber auch zahlreichen Freiberuflern, Dienstleistungsunternehmen und Industriebetrieben.

Die Tradition des Verbandes geht zurück bis 1819, als Friedrich List den ersten Deutschen Handels- und Gewerbeverein gründete. Entsprechend ist der Verband heute der Dachverband der Handels- und Gewerbevereine, die vor Ort die Interessen der örtlichen Wirtschaft vertreten. Im Landesverband Baden-Württemberg sind ca. 26.000 Selbstständige in ca. 350 Vereinen organisiert. Die Mehrheit der Mitglieder sind so genannte Familienunternehmen mit weniger wie 10 Mitarbeitern. Typisch ist meist die persönliche Haftung des Unternehmers.

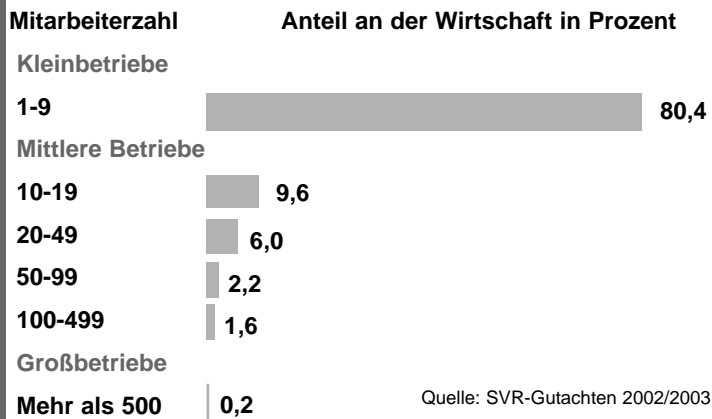
Drei Säulen des Verbandes

Die Arbeit des Bundes der Selbstständigen Baden-Württemberg e.V. basiert auf 3 Säulen: Der Lobbyarbeit, den Dienstleistungen für Handels- und Gewerbevereinen sowie den direkten Dienstleistungen für die Mitgliedsunternehmen.

Lobbyarbeit für den Mittelstand

Kann man tatsächlich etwas erreichen in der Lobbyarbeit, ist eine regelmäßige Frage unserer Mitglieder. Ein großer Teil der Themen, die den Mittelstand betreffen, wird in Berlin entschieden. Arbeitsrechtliche Fragen ebenso wie die Steuerpolitik. Durch den hohen Personalkostenanteil bei kleineren Unternehmen sind vor allem auch die Abgaben der sozialen Sicherungssysteme ein wichtiges Thema des Mittelstands.

Anteil der Kleinbetriebe an der Wirtschaft



Dennoch, Lobbyarbeit gilt es auch im Land zu machen. Typische landespolitische Themen sind beispielsweise das Gemeindeförderung des Landes. Mindestens so wichtig für einen von unten organisierten Verband ist natürlich der Input der Landesverbände für den Bundesverband. Es gilt aber auch auf Landesebene bei Abgeordneten und Ministern für die Anliegen zu werben und die Standpunkte der Selbstständigen ins Bewusstsein der Entscheidungsträger einzubringen. Hier ist die Basis der Mitgliedsvereine vor Ort wichtig, denn die Stimmung im Wahlkreis ist für Abgeordnete von großer Bedeutung.

Pressearbeit

Pressearbeit ergänzt die Lobbyarbeit im Landtag und in den Wahlkreisen. In der Öffentlichkeit wird für die Themen der Selbstständigen geworben, wichtig ist auch die Vermittlung von Beispielunternehmen an die Presse.

Mindestens so wichtig ist die Wirkung der Pressearbeit bei den Mitgliedsunternehmen. Sie stärkt die Identifikation und das Zugehörigkeitsgefühl zum eigenen Verband. Doch der Anspruch ist groß: Regelmäßig bei Sabine Christiansen einen Vertreter platzieren, bleibt weiterhin ein Traum. Im Kampf um Aufmerksamkeit gilt für einen kleinen Mittelstandsverband das Gleiche wie für seine Mitgliedsunternehmen im Markt: Nischen suchen, wo die Großen (BDI, BDA, Kammern) noch nicht sind.

Dienstleistungen für Mitgliedsvereine

Als Dachverband der Handels- und Gewerbevereine in Baden-Württemberg ist der BDS Dienstleister für diese Unternehmensvereinigungen vor Ort. Dazu gehört die Unterstützung der Vorsitzenden bei der Vereinsführung (Vereinsrecht, lokale Pressearbeit, Mitgliederverwaltung) wie auch bei politischen Fragestellungen vor Ort. Die Palette ist dabei breit gefächert: Von der Begleitung von Stadtmarketingprozessen über die Ansiedlung von Großmärkten bzw. deren Verhinderung bis zur Unterstützung der Organisation von regionalen Wirtschaftsmessen, oder der Teilnahme an Diskussionen mit Abgeordneten ist die Tätigkeit sehr vielfältig. Es gibt kaum ein Thema, bei dem die ehrenamtlichen Funktionsträger nicht fachliche Unterstützung von ihrem Verband erwarten.

Dienstleistungen für Mitgliedsunternehmen:

Kontakte Kontakte, Kontakte

Warum soll ich bei Euch Mitglied werden? Das ist die immer wiederkehrende Frage von Unternehmern. Eure Lobbyarbeit finde ich zwar gut, aber was bringt es mir? Das klassische Free-Rider-Problem trifft auch einen Mittelstandsverband ebenso wie die allgemeine Tendenz des rückläufigen Engagements in Parteien und Verbänden.

Viele Selbstständige wollen den Nutzen einer Mitgliedschaft am liebsten in Euro und Cent wissen. Gerade in

einer schwierigen wirtschaftlichen Situation wird genau hingeschaut, wo noch Sparpotential vorhanden ist. Das heißt für einen freien Wirtschaftsverband, dass er seine Dienstleistungen weiter ausbauen muss. Neben attraktiven Rahmenverträgen z.B. im Bereich kaufmännischer Software sowie einem Beratungsangebot für die Basisfragen von Unternehmern steht die Kontaktvermittlung zunehmend im Mittelpunkt: Kontakte, Kontakte, Kontakte ist das A&O für viel Mitgliedsunternehmen. Ein Auftrag und der Mitgliedsbeitrag hat sich gelohnt. Politische Veranstaltungen ebenso wie ein breites Seminarangebot bieten hierzu gute Möglichkeiten.

Zunehmend wichtiger wird auch die Beratung insbesondere in Fragen der Unternehmensfinanzierung. Basel II und Rating sind in aller Munde und die Frage "Bekomm ich noch Geld von der Bank?" beschäftigt aktuell die meisten Unternehmer. Hier ist Beratung wichtig und manches Unternehmen kann aufgrund der Hilfe bzw. der Begleitung von Bankgesprächen durch den Verband die Insolvenz verhindern.

Verwalter im Mittelstandsverband?

Die Arbeit in einem Mittelstandsverband ist auf jeden Fall ein spannender Beruf, für den man als Verwaltungswissenschaftler sehr gut ausgebildet ist.



Wolfgang Becker

Studienabschluss 1999 mit den Schwerpunkten Kommunal-/Regionalpolitik und Verwaltungsmanagement und u.a. Praktika bei der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer in Atlanta sowie der Internationalen Handelskammer in Paris. Im Frühjahr 2000 begann er beim BDS als Mittelstandspolitiker Referent. Seit Herbst 2002 prägt er als Leiter Mittelstandspolitik & Kommunikation sowohl die Inhalte der Verbandspolitik wie auch deren Vermittlung bei Mitgliedern und Öffentlichkeit. Fundierte Kenntnisse für die Beratung von Unternehmen erlangte er durch eine halbjährige Weiterbildung zum FutureValue-Coach.

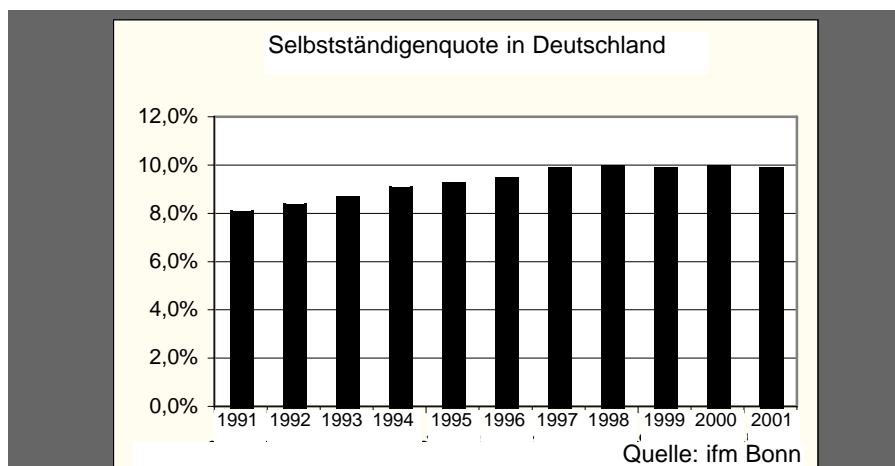
Das breite Generalistenwissen findet vor allem bei einem kleinen Wirtschaftsverband, in dem keine großen Fachabteilungen Unterstützung bieten, stets vielfältige Verwendung.

So begegnen einem politische Fragestellungen auf allen Ebenen und in unterschiedlichsten Politikfeldern ebenso wieder, wie die konkreten Managementprobleme von Unternehmen. Eines fällt im Rückblick auf das Studium auf. Zumindest implizit wird gerade im Bereich Management von Großunternehmen mit entsprechenden Verwaltungsstrukturen ausgegangen. Hier gilt es vieles auf die oft hemdsärmelig agierenden kleineren und mittleren Unternehmen herunterzubrechen. Auch das betriebswirtschaftliche Wissen bedarf für die konkreten Fragestellungen der Unternehmen weiterer Vertiefung.

WOLFGANG BECKER
BUND DER SELBSTÄNDIGEN
BADEN-WÜRTTEMBERG E.V.
TAUBENHEIMSTR. 24,
70372 STUTTGART,
TELEFON 0711 / 954 668-0
FAX 0711 / 954 668-33
EMAIL: BECKER@BDS-BW.DE
INTERNET: WWW.BDS-BW.DE

Was macht den Mittelstand wirklich aus?

„Mittelstand ist keine Frage der Größe, sondern der Mentalität!“



Selbstständigenquote

(Anteil der Selbstständigen an den Erwerbstätigen, inkl. Landwirtschaft)

1991	8,1
1992	8,4
1993	8,7
1994	9,1
1995	9,3
1996	9,5
1997	9,9
1998	10
1999	9,9
2000	10
2001	9,9

Quelle: ifm Bonn

Mit diesem Zitat von Heinz Dürr kann man sich dem Mittelstand vielleicht am besten annähern. Unter der Mentalität des Mittelständlers ist zu verstehen:

- Einsatzfreude,
- Innovationsfähigkeit,
- Ideenreichtum

- hohe Flexibilität
- Risikobereitschaft
- und die innere Bereitschaft, sich mit einer Landschaft, mit einer Gemeinde oder mit einer Stadt zu identifizieren.
- Eigeninitiative und die Bereitschaft, Verantwortung für andere zu übernehmen.

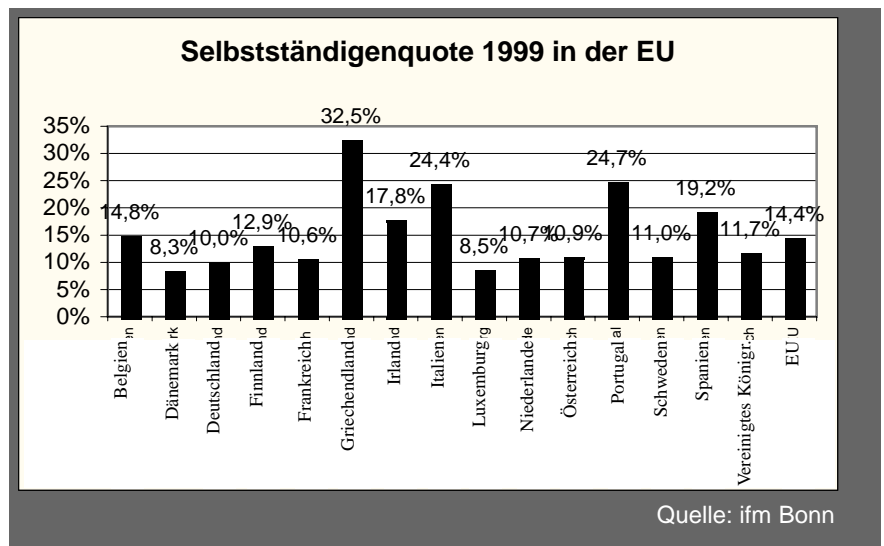
Hier gibt es einen engen Zusammenhang zwischen dem Unternehmerbegriff und dem Eigentum. Eigentum und Unternehmertum sind nicht zu trennen. Denn Engagement und sinnvolle Risikobereitschaft haben etwas mit Mentalität zu tun. Die Mentalität der Selbstständigkeit.

WOLFGANG BECKER

Selbstständigenquote 1999 in der Europäischen Union

Selbstständigenquote 1999

Belgien	14,8%
Dänemark	8,3%
Deutschland	10,0%
Finnland	12,9%
Frankreich	10,6%
Griechenland	32,5%
Irland	17,8%
Italien	24,4%
Luxemburg	8,5%
Niederlande	10,7%
Österreich	10,9%
Portugal	24,7%
Schweden	11,0%
Spanien	19,2%
Vereinigtes Königreich	11,7%
EU	14,4%



Brüssel - KonNet - x -Treffen Mai 2003

Zuerst einmal ein großes Lob und ein herzliches Dankeschön an unseren Organisator Hubert Forster: Es war alles super organisiert und da auch alles geklappt hat, kann man sagen, es war ein sehr schönes Wochenende, das allen viel Spaß gemacht hat. Ebenso vielen Dank an Richard Arnold, der uns in die Landesvertretung Baden-Württemberg eingeladen hatte und sich dort hervorragend um uns gekümmert hat.

A. Das Jahrestreffen begann offiziell in der Landesvertretung von Baden-Württemberg mit verschiedenen Vorträgen:

1. Vortrag von Oberst Winter, Stellvertreter von General Mayer „Entwicklung und Perspektiven für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)“

Basierend auf den von ihm dargestellten Säulen der Europäischen Union
 1. Europäische Gemeinschaft
 2. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

3. Justiz und Inneres
 erläuterte Oberst Winter die Grundidee für ein sicherheitspolitisches Konzept:

Ein Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee ist einem Militärausschuss und einem Komitee für zivile Aspekte des Krisenmanagements übergeordnet.

Das Ziel sind Europäische Streitkräfte mit einer maximalen Stärke von 50.000

– 60.000 Soldaten der Landstreitkräfte.

Die erste zivile Operation fand in Bosnien-Herzegowina statt, die EU-Operation FYROM. Sie war lange umstritten, da die Frage, welche Bedeutung die EU-Streitkräfte in Skopje erhalten, immer wieder diskutiert wurde. Ein Military Comity überwacht nun, ob der Auftrag korrekt ausgeführt wird. Diese Operation war nach den Ausfüh-



rungen von Oberst Winter der Durchbruch und deshalb sehr wichtig für weitere EU-Einsätze.

Das Verhältnis von NATO und EU wird definiert über die Aufteilung der Aufgaben und Lastenteile: es soll jeweils die Organisation zum Einsatz kommen, die kompetent ist. Die gegenseitige Inanspruchnahme muss geübt werden, denn man soll sich nicht ablösen, sondern gemeinsam strategisch abgestimmt agieren.

In Afrika hat die EU aufgrund ihrer kolonialen Historie Verpflichtungen, in Moldawien wurde der politische Prozess militärisch unterstützt.

Eine Abstimmung der Streitkräfteplanungsorganismen ist von grundlegender Bedeutung für die integrative Gestaltung der ESVP. Eine gerechte Lastenteil-Aufteilung ist nur möglich, wenn die Kosten effizienter werden: Investitionen im Rüstungsbereich sind unumgänglich, um gerüstet zu sein gegen Terrorismus und Massenvernichtungswaffen.

Als „Summit of the Four“ stellte Oberst Winter folgende Punkte dar:

- Deutsch-Französische Brigade for rapid reaction

- Lufttransport/Airtransport Command
- EU-Task-First Aid und Support Team
- EU – Training Centres
- Joint European NBC Protection Capability
- Nucleus for an OHQ – ein Rückgriff auf nationale Komponenten ist immer ein langwieriger nationaler Prozess, deshalb ist es von Vorteil, nur ein OHQ zu haben.
- Force Headquarters

Die Grundlage dafür bilden verstärkte Zusammenarbeit und eine Solidaritätsklausel. Das Ziel ist, Strukturen zu schaffen, vor allem für Beitrittsländer. Interessant ist das opting in, es muss aber auch ein opting out ermöglicht werden.

Oberst Winter schloss den Vortrag mit einem Satz von Walter Hallstein (früherer Präsident der EU-Kommission): „Wer in Europäischen Angelegenheiten tätig ist, muss an Wunder glauben, um Realist zu sein.“

2. Vortrag von Richard Arnold – Leiter der Landesvertretung Baden-Württemberg in Brüssel

Richard Arnold stellte die wesentlichen Züge seiner Tätigkeit in Brüssel

dar: Der Job als Leiter der Landesvertretung Baden-Württemberg in Brüssel ist ein sehr politisch determinierter Job, bei dem man sehr gut informiert sein muss, was zu Hause in den Ministerien läuft. Die Landesvertretung ist definiert als Referat im Staatsministerium, Stuttgart steht deshalb im Mittelpunkt der Arbeit und Brüssel ist praktisch als Frühwarnstelle einzustufen. Die Landesvertretung ist Ansprechpartner für Wirtschaft, Verbände, Handwerkskammern und Hochschulen aus Baden-Württemberg, insgesamt kamen 2002 rund 9.000 Besucher aus Baden-Württemberg. Eine wichtige Aufgabe ist das Coaching der Regierung- und Landtagsmitglieder, auch aus der Opposition. Die wachsende Bedeutung von Brüssel ist nicht nur daran zu sehen, dass Erwin Teufel selbst häufiger in Brüssel ist, als in Berlin. Auch das Personal der Landesvertretung wurde von 12 auf 24 Mitarbeiter aufgestockt und jedes Ressort hat nun einen Vertreter.

Wichtig sind dabei auch die Rahmenbedingungen: Die Landesvertretung hat zwar keinen offiziellen formalen Status, aber es ist wichtig, im Netzwerk zu sein. Brüssel hat derzeit im EU-Sektor 732 Abgeordnete, 500 Consulting-Büros, 200 Regionale und Kommunale Vertre-





tungen sowie 1.000 akkreditierte Journalisten. Mit der Osterweiterung der EU verbunden ist eine sprunghafte Erweiterung der Akteure, Büros etc. Ungarn und Polen haben bereits Vertretungen eingerichtet und werden von Schweden betreut. Durch die steigende Zahl der Ansprechpartner gewinnt die Zusammenarbeit in Netzwerken um so mehr Bedeutung.

Gesprochen wird allgemein englisch und französisch, deutsch spielt keine Rolle.

Eine weitere wichtige Rahmenbedingung ist ein neuer Sitz der Landesvertretung, die näher am EU-Parlament liegt „kurze Wege zu schnellem persönlichen Kontakt“ (wir berichteten in Ausgabe 12).

Richard Arnold stellt die Bedeutung der Landesvertretung deutlich dar: „Die Landesvertretung will und muss immer gut sein, um die Vorreiterrolle zu haben und zu behalten.“ Deutschland selbst sieht er schlecht in Brüssel und im EU-Ressort vertreten: Deutschland stellt zwar 22 % der Bevölkerung der EU, aber nur 9 % der Akteure. Für Deutsche ist es nicht attraktiv, nach Brüssel zu gehen, die Personalpolitik anderer Länder greift durch strategisch wichtige

Führungspositionen besser. Auch deutsche Kräfte müssten besser unterstützt werden, nicht nur während der Zeit in Brüssel, sondern auch durch interessante Perspektiven danach. Der Wechsel von Bonn nach Berlin hatte auch Auswirkungen auf die Landesvertretung in Brüssel, alles sei nun formaler, laut Arnold.

Den Austausch mit anderen Landesvertretungen sieht Arnold sehr gut an, Baden-Württemberg hat hier die Federführung, die Arbeitsteilung ist teilweise kompetenzorientiert, aber es besteht auch sowohl Konkurrenz, als auch Ergänzung.

Auf die Frage, ob es sinnvoll sei, die Landesvertretungen zusammen zu legen, antwortet Richard Arnold mit einem klaren „Nein“, es sei auch von den Ländern nicht gewünscht.

Die Landesvertretung macht keine Interessenvertretung für Firmen, schafft aber ein Forum für kleinere und mittlere Betriebe. Dazu werden Entscheidungsträger und Verbandsfunktionäre etc. eingeladen, um sich selbst ein Bild zu machen. Außerdem werden Initiativen verschiedener Art unterstützt, z.B. die Einführung von Fremdsprachen ab der 1. Klasse.

Beim Thema „EU-Verfassungskonvent“ verwies Richard Arnold besonders auf die Ziele der Union, dass sie soziale Ausgrenzung bekämpft und vor allem die Rechte des Kindes zu schützen sind, kurz: dass Kinder sehr wichtig sind.

3. Vortrag von Katharina Aubele – Praktikantenprogramm der Landesvertretung

Für das Praktikantenprogramm der Landesvertretung gehen sehr viele Bewerbungen ein, weshalb es notwendig ist, professionell zu agieren. Anfragen kommen vor allem von Juristen und Verwaltern, denn das Praktikum gibt dem Praktikanten eine gute Chance, tatsächlich im EU-Bereich tätig zu werden.

Wesentliche Aufgabe der Praktikanten ist es, bei der Erstellung der Berichte nach Stuttgart zu helfen, aber auch Einblicke in die aktuelle Politik zu gewinnen.

Das Netzwerk der Praktikanten – knapp 100 Mitglieder – spannt sich über ganz Europa, auch über die Beitrittsländer.





4. Vortrag von Carsten Glietsch – Kommunen in Brüssel

Das Europabüro der Kommunen in Baden-Württemberg besteht seit 1999 und gewinnt zunehmend an Bedeutung, da 80 % aller Gesetzgebungsmaßnahmen aus Brüssel von den Kommunen umzusetzen sind. Wichtig ist das Lobbing: so ist es z.B. ein Erfolg des Europabüros, dass die Vergaberichtlinien in der Abfallgesetzgebung überarbeitet werden und die Richtwerte hochgesetzt werden, zum Vorteil der deutschen Kommunen. Außerdem unterstützt das Europabüro diverse Projekte, z.B. zur Förderung des internationalen Jugendaustausch.

Selbst unterstützt wird das Büro durch die Landesvertretung Baden-Württemberg, auf dessen Netzwerk zurückgegriffen werden kann. Die Bürogemeinschaft mit dem bayrischen und dem sächsischen Kommunalen Europabüro funktioniert sehr gut, besonderen Wert wird auf Arbeitsteilung und Informationsaustausch gelegt. Darüber hinaus gibt es auch verschiedene Regionalbüros, z.B. das Büro der Region Stuttgart, das sich besonders auf das Standortmarketing konzentriert.

In der Zeit des Internets kann man zwar viele Informationen auch von zu

Hause abrufen, die Präsenz vor Ort ist jedoch auch weiterhin unabdingbar.

Auf die Nachfrage von Jürgen Hessenauer, ob die Regionen vertreten sein müssen, weil die Wege zu lang seien und warum man dann nicht die Wege verkürzt, verwies Carsten Glietsch auf die Struktur in Deutschland, besonders auf die kommunale Selbstverwaltung: man fühle sich eben durch andere Vertretungen nicht ausreichend repräsentiert, jeder trete nur für sich selbst auf.

B. KonNet-Mitgliederversammlung

Das Protokoll der Mitgliederversammlung liegt diesem KonText bei, deshalb an dieser Stelle nur eine kurze Zusammenfassung:

Der 1. Vorsitzende Jürgen Hessenauer bedankte sich mit einem Weinpräsent bei Hubert Forster für die hervorragende Organisation des Brüssel-Treffs. Anschließend erstatteten er, Geschäftsführer Christoph Schiedel, Schatzmeister Jürgen Banzhaf und die Kassenprüfer Claudia Zaberer und Manfred Romer Bericht über ihre Aktivitäten und den Status des Vereins.

Bei den anstehenden Neuwahlen gab es nur beim 2. Vorsitz und bei den Kassenprüfern Veränderungen. Gewählt wurden:

- 1. Vorsitzender: Jürgen Hessenauer
- 2. Vorsitzende: Katja Schwanke
- Geschäftsführer: Christoph Schiedel
- Schatzmeister: Jürgen Banzhaf
- Kassenprüfer: Monika Klauer, Uwe Zamponi

Nach verschiedenen Diskussionen zur Öffnung von KonNet und zum KonText wurde noch beschlossen, das nächste Verwaltertreffen mit Jahresmitgliederversammlung 2004 in Berlin durchzuführen. Voraussichtlicher Termin: 20. – 23. Mai 2004.

C. Besuch des EU-Verfassungskonvent

Nach der Mitgliederversammlung konnten wir im Europäischen Parlament an einer Sitzung des EU-Verfassungskonvents unter dem Vorsitz von Valéry Giscard d'Estaing als Zuhörer teilnehmen. Thema war gerade eine fiskalische Debatte mit Fragen der Steuererhebung innerhalb der EU und über die Frage der Notwendigkeit eines Europäischen Wirtschafts- und Finanzministers. Für





mehr Steuergerechtigkeit soll die Steuerpolitik umstrukturiert werden.

Es war interessant, die Redner bei ihren Ausführungen zu beobachten und dank der Übersetzung per Kopfhörer konnte man auch den Redebeiträgen folgen. Aber beeindruckend war das Wissen, dass hier etwas „Großes“ – die Europäische Verfassung - kurz vor der Fertigstellung stand und am Vormittag hatte auch Außenminister Joschka Fischer eine Rede gehalten.

Innenstadt – vorbei an vielen interessanten Plätzen und Sehenswürdigkeiten – zum Restaurant „Magic Rubens“. Hier wurde uns jedoch nicht nur ein ausgezeichnetes Abendessen serviert, sondern auch eine Zaubershow, deren vielfältige Tricks immer wieder verblüfften. Vor allem Kartentricks wurden von den Zauberern direkt an den Tischen vorgeführt, zwischen den Essensgängen traten sie auf der Bühne auf. Immer wurden auch die Gäste mit einbezogen, was die ganze Sache noch interessanter machte.

Original, Madame Arlette. Die schon etwas ältere Dame zeigte uns auf einer Busrundfahrt nicht nur die üblichen Sehenswürdigkeiten wie Atomium, Triumphbogen und Japanisches Haus, sondern sie amüsierte uns auch mit herrlichen Geschichten. So verging die Zeit bis zum allgemeinen Abschied auf dem Grand Place wie im Flug.

D. Spaziergang in Brüssel und zauberhaftes Essen

Vom Europäischen Parlament aus machten wir einen ausgedehnten Spaziergang über den Kunstberg in die

E. Stadtführung mit Madame Arlette

Am Samstagmorgen konnten wir dann etwas ganz Besonderes erleben: eine Stadtführung mit einem Brüsseler



Newsticker ... Neues aus Konstanz ... Newsticker ... Neues aus Konstanz ...

Neujahrsbrunch am Fachbereich

Am 08. Januar 2004 findet der alljährliche Neujahrsbrunch des Fachbereiches Politik- und Verwaltungswissenschaft statt. Hierzu sind Studierende, Professoren, Mittelbauer und die Ehemaligen des Fachbereiches recht herzlich eingeladen. Einladung und weitere Informationen stehen unter www.konnet-ev.de.

Verwalternachwuchs

Mit Vorlesungsbeginn am 13. Oktober 2003 startet der Bachelorstudiengang Politik- und Verwaltungswissenschaft

mit 183 Studienplätzen. Der „neue“ Studiengang wurde im KonText Nr. 12/ April 2003 vorgestellt. Weitere Informationen im vorliegenden Heft oder unter www.uni-konstanz.de/struktur/fuf/polfak/polfak.html.

Informationsoffensive

Im Juli 2003 wurden alle Lehrstühle und Mittelbauer des Fachbereiches mit dem KonNet- Faltblatt über die Arbeit des Netzwerkes informiert.

Seit dem Juni 2003 befindet sich zwischen den Räumen D 310 und D 311

die Wandzeitung des KonNet e.V.. Sie informiert über das Netzwerk, die Verwalterstammtische und den Newsletter KonText. In einer Box hängen Informationsfaltblätter des Netzwerkes zum Mitnehmen aus. Wer Beiträge oder Aushänge für die Wandzeitung am Fachbereich wie bspw. Stammtischtermine, Praktikaangebote oder Suchanzeigen hat, möge sich bitte an folgende Adresse wenden: katja.schwanke@uni-konstanz.de.

Spot an ...

Interview mit Prof. Dr. Seibel

Prof. Dr. Seibel, Sie haben am Fachbereich Politik und Verwaltungswissenschaft den Lehrstuhl für Innenpolitik und öffentliche Verwaltung inne. Seit wann lehren Sie in Konstanz und wie sind Sie gerade an diesen Studienort gekommen?

Ich habe im Sommersemester 1990 in Konstanz angefangen, nachdem ich als frisch gebackener Privatdozent im Sommer davor den Ruf erhalten hatte.

Wie war Ihr persönlicher Werdegang, bevor Sie sich entschieden, an die Universität Konstanz zu kommen?

Ich hatte Politikwissenschaft, Germanistik und Verwaltungswissenschaft in Gießen, Marburg und Speyer studiert, an der Gesamthochschule Universität Kassel promoviert und mich dort 1988 auch habilitiert. Meine Doktorarbeit (Regierbarkeit und Verwaltungswissenschaft, Campus Verlag 1983) hatte sich mit der Ideengeschichte der Verwaltungswissenschaft befasst, meine Habilitationsschrift (Funktionaler Dilettantismus, Nomos Verlag 1992) mit der Frage, warum permanent scheiternde Organisationen nicht trotz, sondern wegen ihres Scheiterns überleben können. 1989 bekam ich ein Heisenberg Stipendium der DFG, mit dem ich für wenige Monate ans sagenumwobene Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln gegangen bin, bevor ich 1989/90 zum ersten Mal ans Institute for Advanced Study in Princeton eingeladen wurde, damals als Mitglied der School of Social Science und Zimmernachbar ehrfurchtgebieten der Giganten wie Albert O. Hirshman, Michael Walther und Clifford Geertz.

Wie sehen Sie Ihre Position heute im Vergleich zu den ersten Jahren? Was war bzw. ist Ihnen besonders wichtig?

Der an Lebensjahren junge Professor, der ich bei meiner Ankunft in Konstanz ja war, hat vor allem Schiss vor der

Lehre, die er oder sie aus dem Stand in einem ganz ungewohnten Umfang bewältigen muss. Da der Betreffende nahezu definitionsgemäß aber auch mit einem starken Ego ausgerüstet ist, wird diese Furcht nicht als das genommen, was sie ist, nämlich als vollkommen natürlich, sondern sie wird in Aversionen gegen die Lehre und zum Teil sogar gegen die Studierenden umgeleitet. Bis sich diese Neurose legt, können Jahre vergehen, bei dem einen geht es schneller, bei dem anderen langsamer. Seit einigen Jahren bin ich nun Routinier, mit einigen negativen, aber sonst ganz überwiegend positiven Folgen. Ich lehre heute ausgesprochen gerne. Je älter ich werde, umso mehr genieße ich das außerordentliche Privileg, ständig mit intelligenten jungen Menschen umgehen zu dürfen (darum beneidet mich zum Beispiel meine Frau). Und je älter meine eigenen Kinder werden, versuche ich auch, der gute Professor zu sein, den ich meinen eigenen Kindern in deren Studium wünsche.

In welchen Bereichen liegen Ihre Schwerpunkte in der Lehre und Ihre Forschungsinteressen?

Ich biete in der Lehre ein Pflichtprogramm im bisherigen Grundstudium und im bisherigen Hauptstudium an (Regierung und Verwaltung in Deutschland und Europa, Organisationslehre, Organisationstheorie), im Hauptstudium ansonsten Kurse, die sich an meine Forschung anlehnen. Die Forschung zentriert sich um vier drittmittelgeförderte Projekte, von denen das in jeder Hinsicht umfangreichste die von der Volkswagen-Stiftung geförderte Untersuchung "Holocaust und 'Polykratie' in Westeuropa, 1940-1944" ist, an die noch ein DFG-gefördertes Unterprojekt zur "Arisierung" in Frankreich unter der deutschen Besatzung während des Zweiten Weltkriegs angegliedert ist. Außerdem führe ich eine Untersuchung durch zur sozialen und politischen Integrationswirkung von Vereinen in Ostdeutschland am Beispiel der Stadt

Dessau und ein Projekt zum Regulierungswettbewerb innerhalb der EU beim Schutz geistigen Eigentums. Beide Projekte werden ebenfalls von der DFG finanziert.

Woran arbeiten Sie gerade und was sind Ihre neuesten Veröffentlichungen?

Ich habe im letzten Dreivierteljahr ein Buch abgeschlossen, das den schönen Titel tragen soll "Verwaltete Depression. Die Berliner Treuhandanstalt und ihre Nachfolgeeinrichtungen, 1990-2000". Das ist der Abschluss einer mehr als zehnjährigen Forschung, die ich streckenweise zusammen mit Hartmut Maaßen, Jörg Raab und Arndt Oschmann betrieben habe. Ansonsten habe ich mich in den vergangenen Jahren vor allem auf meine Untersuchungen zum Holocaust in Westeuropa, konzentriert. Daraus sind bislang hervorgegangen ein englischsprachiger Sammelband und etliche Zeitschriftenartikel. Das Große Werk über diese Untersuchung will (und muss) ich abschließen, wenn ich 2004/2005 Fellow am Berliner Wissenschaftskolleg sein werde.

In einer OECD-Analyse im September 2003 wurde die im internationalen Vergleich geringe Zahl von Abiturienten und Hochschulabsolventen in Deutschland mitverantwortlich für die deutsche Wirtschaftsschwäche gemacht. Wie erleben Sie dieses Bildungstief und welche Ursachen können Sie ausmachen?

Das ist natürlich eine Frage von enormer Komplexität, die ich hier auch nicht in Ansätzen beantworten kann. Ich erlebe dieses "Bildungstief", wie sie es wohl zu recht bezeichnen, als Hochschullehrer ja eigentlich gar nicht. Wir nehmen eben die Studierenden so wie sie kommen, und sie kommen mit einem Abitur in der Tasche und damit, entgegen der verbreiteten Negativpropaganda, auch mit einer recht anständigen Vorbildung. Ein viel größeres Problem entdeckte ich als Vater dreier

Kinder, wenn ich mir die viel zu geringe Binnendifferenzierung und systemische Starre des deutschen Schulsystems ansehe. Meine Kinder sind ja nun mehr-fach auch in den USA zur Schule gegangen, in ganz normale Public Schools, allerdings in Universitätsstädten mit einer Middle Class Klientel. Was einem im Vergleich sofort auffällt, ist die geringe Fähigkeit der deutschen Schulen, den individuellen Fähigkeiten und Begabungen der Kinder gerecht zu werden. Das ist auch ein Personalproblem und das Personalproblem ist wieder ein Finanzierungsproblem. Deutschland zäumt ja auch hier das Pferd am Schwanz auf. Wir geben in Gestalt eines staatlich garantierten Rentensystems sehr viel Geld aus für die Versorgung der älteren Bevölkerung, was eigentümlicherweise als öffentliche Aufgabe gilt, obwohl die alten Menschen doch ein Leben lang Zeit hatten, für ihr Alter vorzusorgen. Für die Ausbildung unserer Kinder dagegen, die später als Steuerzahler Staat und Gesellschaft unterhalten, geben wir im internationalen Vergleich sehr wenig Geld aus. Wir haben es in den USA erlebt, dass die Schulen nicht nur in jeder Klasse eine zusätzliche Hilfslehrerin haben, sondern auch sehr viel mehr Beratungspersonal unterhalten, die das Lehrprogramm auf die Stärken und Schwächen der Schüler abstimmen. Das wäre an deutschen Schulen vollkommen undenkbar, einfach weil das Geld fehlt. Aber in dieser Unterfinanzierung der Ausbildung der jungen Generation drückt sich ja indirekt aus, was einer Gesellschaft die eigene Zukunft wert ist, und das kann einen in Deutschland schon manchmal depressiv stimmen. Zu diesem Bild gehört auch die vollkommen verrückte Organisation der Schule über die Mittagszeit. Das wiederum wird nämlich komischerweise in Deutschland als private Aufgabe definiert, schon die Erwähnung der Frage kann Kopfschütteln auslösen. Wie berufstätige Eltern ihre Kinder versorgen, die von den öffentlichen Einrichtungen aus irgendeinem Grund mittags nach Hause geschickt werden, ist hierzulande merkwürdigerweise kein öffentliches Problem. Franzosen oder Amerikaner, die gar nichts anderes kennen als Ganztagschulen, fragen einen entgeistert, "Ja, wie macht ihr das denn?". Und meine Frau und ich sagen

dann, ja, wir wursteln uns eben durch, natürlich auch mit Hilfe unseres guten Einkommens. "Aber das ist doch ganz undeutsch-unsozial und es geht doch auch vor allem zu Lasten der Frauen - oder wer geht dann nach Hause und bekocht die Kinder?!", sagen die Amerikaner dann - und wir zucken mit den Schultern. Das sind so scheinbar banale Fragen, die aber große Wirkungen haben. Denn wir haben Deutschland ein enorm prohibitives Klima erzeugt, was die Kombination von guter Ausbildung und gutem Familienleben betrifft. Je besser ausgebildet die jungen Menschen, vor allem die jungen Frauen sind, umso weniger Kinder bekommen sie. Es hat wenig Sinn, über eine zu geringe Abiturquote zu lamentieren, wenn man sich nicht gleichzeitig fragt, wie denn die Abiturienten und künftigen Studierenden später mit ihrer guten Ausbildung als biologische und gesellschaftliche Wesen tatsächlich leben sollen. Solange wir jungen Frauen die Wahl zwischen Kindern und Karriere aufnötigen, dürfen wir uns nicht wundern, wenn Deutschland sowohl bei der Quote der höheren Bildungsabschlüsse als auch bei der Geburtenquote im internationalen Vergleich das Schlusslicht bildet. Und wenn Sie nach der Wirtschaft fragen: Selbstverständlich hat diese Entwicklung für die Wirtschaft in einer langfristigen Perspektive desaströse Folgen. Wir werden den intelligenten und gut ausgebildeten Nachwuchs für die Wirtschaft immer weniger bereitstellen können, weil er aus den genannten Gründen weder von den Familien noch vom öffentlichen Bildungssystem in hinreichender Zahl produziert wird.

Der Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft hat seit seinem Bestehen viele Veränderungen durchgemacht und ist in einem ständigen Wandel begriffen. Wie haben Sie die bisherigen Entwicklungen des Fachbereiches erlebt und welche Veränderungen haben Sie als besonders gravierend erlebt?

Wir haben zu Beginn der 1990er Jahre wesentliche Fortschritte bei der Standardisierung des Lehrangebots auf hohem wissenschaftlichem Niveau erzielt, die wir mit der PO 1999 zum Teil wieder zurückgenommen haben. Das ist durch die neue BA-Ordnung

bereits gemildert worden und muss durch die künftige MA-Ordnung noch weiter korrigiert werden.

Wie sehen Sie die aktuelle Entwicklung im Fachbereich?

Der Fachbereich ist im vergangenen Jahr, wie man in der Seglersprache sagt, durchgekickert und richtet sich nun langsam wieder auf - übrigens mit großer Unterstützung des Rektors v. Graevenitz und des Sektionsleiters Strätz, die ich hier ausdrücklich erwähnen möchte. Wir haben ein sehr gutes Berufungspaket für vier der fünf vakanten Professuren, die fünfte Professur C3 (Internationale Politik) muss zügig wiederbesetzt werden. Wenn man zu diesem grundlegenden personellen Neubeginn die anstehende Entwicklung eines Master-Studiengangs mit Doktorandenstudium hinzunimmt, ist die Feststellung kaum übertrieben, dass wir zur Zeit den Fachbereich Politik- und Verwaltungswissenschaft neu erfinden. Die aktuelle Entwicklung ist also außerordentlich spannend und ich habe keinen Zweifel, dass wir es in fünf Jahren mit einem konsolidierten und in jeder Hinsicht sehr erfolgreichen Fachbereich zu tun haben werden.

Der Fachbereich kann auf eine 30jährige Geschichte zurückblicken. Wo und wie sehen Sie den Fachbereich in den nächsten 30 Jahren?

Siehe oben, könnte ich sagen. Ansonsten sind auch meine prophetischen Gaben begrenzt. Das Schlüsselwort heißt Wettbewerb. Wir haben unter den vergleichbaren sozialwissenschaftlichen Fachbereichen, auch im internationalen Vergleich, nicht nur eine sehr gute Substanz, sondern auch sehr gutes Standing. Das müssen wir ausbauen und das können wir nur, wenn wir uns ständig mit den Besten zumindest in Europa messen. Der Wettbewerb spielt sich in drei Dimensionen ab: Wettbewerb um Studierende, Wettbewerb um exzellente Wissenschaftler, Wettbewerb um Reputation durch unsere Leistungen in Forschung und Lehre. Die "Kernkompetenz" in diesem Zusammenhang ist die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit der Professorinnen und Professoren. Aber auch die Rahmenbedingungen müssen stimmen. Eine Erhö-

hung des Lehrdeputats, wie jetzt in Baden-Württemberg geschehen, lässt in einem wettbewerbsgeprägten internationalen Universitätssystem die deutschen Universitäten weiter nach hinten fallen. Denn welcher befähigte Wissenschaftler, der oder die es sich aussuchen kann, wird an eine baden-württembergische Universität mit 9 SWS Deputat kommen, wenn er oder sie in Holland oder in der Schweiz (von den USA wollen wir gar nicht reden) mit 6 SWS rechnen darf und sich dort außerdem noch mit Drittmitteln einen Vertreter einkaufen kann, wenn er in der

Forschung besonders erfolgreich ist?! Auch das ist eine dieser verrückten deutschen Selbstverstümmelungen, für die einem manchmal die Worte fehlen.

Was bedeutet für Sie "Verwaltungswissenschaft" und was geben Sie den "Verwaltern" mit auf den Weg?

Verwaltungswissenschaft ist das forschende Verstehen großer Organisationen in ihrer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Einbettung. "Verwaltern" gebe ich natürlich die Bitte mit auf den Weg, dies zu beherzigen. Den-

ken sie daran, dass große Organisationen große Macht bedeuten, mit der man enorm viel Gutes bewirken, aber auch manches Schlimme anrichten kann. Bedenken Sie außerdem, dass sowohl das Gestaltungspotential von Organisationen als auch die Kontrolle der Macht, die sie verkörpern, außer von formellen Strukturen - von Verfassungen bis zum betriebsinternen Controlling- auch abhhängen vom Sinn für Verantwortung und von der Zivilcourage, die Sie als künftige Führungskräfte unter Beweis stellen.

Verwaltungswissenschaft - Der große Aufbruch

Vom Diplom zum Bachelor - Schauspiel in vielen Akten

Wir befinden uns im Jahr 2002 n. Chr. Die ganze Universität ist begeistert von der Idee BA-Studiengänge einzuführen... Die ganze Universität? Nein! Ein von unbeugsamen Studenten und Professoren besetzter Fachbereich hört nicht auf, der Anglikanisierung Widerstand zu leisten. Und das Leben ist nicht einfach für die Vorreiter der Studiengänge Information Engineering, Life Science und Gender Studies, die als brave Untergebene des Rektorats den Bereich zu beeinflussen versuchen.



Unsere Helden

Die **Abgesandten der Studenten**, denen die gefährliche Aufgabe anvertraut wurde, die Studenten im bevorstehenden Kampf zu vertreten. Ihre Kraft und Legitimation schöpfen sie aus der Zustimmung der Fachschaft.

Die **Fachschaft**, das ehrwürdige Gremium der Studierenden, organisiert und feiert die besten Partys. Ihre wichtigste Aufgabe ist die Beratung der Angelegenheiten, die die Studenten angehen und die Entscheidungsbeeinflussung in deren Sinne. Ihre Geheimwaffen sind die Vertreter in den Gremien des Fachbereichs.

Die **Professoren**. Die Meinungen über sie sind geteilt: sie selbst finden sich genial, alle anderen finden sie unbeschreiblich. Aber wenn es um interessante Dinge geht, sind sie interessante Gesprächspartner.

Mit dem neuen Jahrtausend hat sich endlich auch die neueste Prüfungsordnung für Verwaltungswissenschaft einigermaßen im Fachbereich etabliert. Jetzt, nur drei Jahre später, dürfen wir auch diese letzte Diplom-Prüfungsordnung zu Grabe tragen.

Die Vorgeschichte

Im Juni 1999 wurden die Bildungsminister Europas von der **Anglikanisierungswelle** besiegt. Auch Häuptlinge wie die tapferen Landesväter Baden-Württembergs "mussten" in Bologna der Umgestaltung des Hochschulsystems Tür und Tor öffnen. Als eines von vielen treiben sie nun die Einrichtung von Bachelor- und Master-Studiengängen voran. Bologna soll es möglich machen, dass diese Abschlüsse europaweit anerkannt werden. Die Universität Konstanz, als eine der zwei Reform-Unis im Ländle bekannt, verschloss sich den hehren Zielen der Landesväter nicht und so sind seit dem Wintersemester 1999/2000 die ersten Bachelor-Studiengänge entstanden, die sich mit Beginn

des Wintersemesters 2003/04 noch weiter vermehren werden.

Die ganze Universität ist also besetzt. Die ganze Universität? Jawohl! Auch ein Gebiet widersteht der Besatzungsmacht nicht, ein kleiner Fachbereich von anderen umgeben. Alle Anstrengungen, die stolzen Verwalter zu besiegen sind erfolgreich und der Rektor fragt sich... "Quid?"

Die Veränderung war in der Luft gelegen. War doch der geplante Strukturentwicklungsplan nicht genehmigt worden und konnte erst Anfang 2002 nach Besuch einer Evaluierungskommission in einer für Fachbereich und Rektorat annehmbaren Form verabschiedet werden. Die drei externen Mitglieder der Kommission und verschiedene Angehörige des Fachbereichs fochten einen wahren Papierkrieg und was am Ende als endgültiger Vorschlag zustande kam, waren Ideen für einen 6-semesterigen Bachelorstudiengang und ein 4-semesteriges Master-Programm. Aufbauend auf diesen Vorschlägen sollte ein Bachelor ge-

schustert werden, der möglichst bald zum Einsatz kommen sollte.

Die erste offizielle Sitzung der Studiengangskommission fand im Oktober 2002 statt. Wichtigste Entscheidung dieses Treffens: Das weitere zeitliche Vorgehen wurde festgelegt. Von jetzt an war die StuKo an einen sehr engen und kurzen Zeitplan gebunden. Um das Arbeiten zu erleichtern wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, die mit den beiden Professoren Schneider, Frau Schäfer, Herrn Janning und den studentischen Vertretern besetzt wurde.

Die Entscheidung, dass die stramme Diplom-Eiche gefällt werden musste, war schon längst getroffen und auch die freien Professuren waren durch neue Namen neu gewürzt worden. (Ergebnisse der "Maggie" dürften in mehr oder weniger schmackhafter Form zum WS 2003/04 serviert werden.) Was jetzt fehlte, waren konkrete Aufgaben, die die Professoren in spe ausüben sollten.

Das hieß konkret: Im Morgengrauen Aufstehen und mit Worten gefüllte Säcke schleppen! Der Weg führte alsbald nicht nach Rom, sondern unter vie-



len Umwegen und nach noch viel mehr Abzweigungen hin zum Studiengang **Bachelor of Arts in Politik- und Verwaltungswissenschaft/ Political and Administrative Science.**

Die Sitzungen bestanden zum großen und effizienten Teil aus Diskussionen um Variationen einer Prüfungsordnungsvorlage, die aufgrund der vorhergegangenen Sitzung erstellt worden war. Dass die Anzahl der Vorlagen nicht an einer Hand abgezählt werden können, spricht für die Arbeit der Kommission in teilweise nicht enden wollenden Diskussionen und Kompromissvorschlägen, die nach zwei Monaten endlich Frucht trugen und ein für Studenten, Professoren und Mittelbauer annehmbares Resultat zu Tage brachten.

Ergebnis

In einer Regelstudienzeit von sechs Semestern müssen insgesamt 18 Kurse aus verschiedenen Modulen besucht werden. Im **Basisstudium**, das drei Semester dauern soll und mit der Zwischenprüfung endet, werden zwölf Scheine in meist standardisierten Vorlesungen verlangt. Die drei Kurse Methoden, Regierung & Verwaltung und Personal & Organisation bilden dabei die Orientierungsprüfung. Es folgt im vierten Semester ein siebenmonatiger **Arbeitsaufenthalt**, dann das **Vertiefungsstudium** mit weiteren sechs Scheinen. Abschließend das Verfassen der Bachelorarbeit.

Für diesmal heißt es wohl "Beim Teutates, es ist vollbracht!" Und da alles so gut ausgegangen ist, werden unsere Freunde auch im nächsten Wintersemester traditionsgemäß und mit stürmischer Begeisterung ihre allseits beliebte Party feiern.

JUDITH ZWICK
KATJA SCHWANKE

Übersicht über das gesamte Studium: Der Studienplan

(Stand Januar 2003/ Änderungen vorbehalten)

Semester	Modul (M) bzw. Fach	Modul (M) bzw. Fach	Modul (M) bzw. Fach	Modul (M) bzw. Fach	ECTS/SWS*
1. Semester (WS)	Methoden (M1)	Regierung u. Verwaltung (M2)	Personal u. Organisation (M3)	Proseminar (M2 o. M3)	30cr/22 SWS
2. Semester (SS)	Statistik (M1)	Staats- u. Demokratietheorie (M2)	Strategie u. Führung (M3)	Proseminar (M2 o. M3)	30cr/22 SWS
3. Semester (WS)	Einf. Policy-Analyse (M2)	Haushalt u. Finanzen (M3)	Einf. VWL (M4)	Öffentl. Recht (M4)	30cr/24 SWS
4. Semester (SS)	Arbeitsaufenthalt				30cr
5. Semester (WS)	Einf. Internat. Beziehungen (M5) bzw. Analyse im 6. Semester	Policy-Analyse u. Pol. Organisationen (M5)	Management des Wandels (M5)	Wahlpflichtveranstaltung (M6)	30cr/22 SWS
6. Semester (SS)	Analyse u. vergl. pol. Systeme (M5) bzw. Einf. IB im 5. Sem.	Verwaltungswissenschaft (M5)	BA-Kolloquium	BA-Arbeit	30cr/ 8 SWS

Bachelor- und Masterstudiengänge sind neuer Wein in alten Schläuchen

Universitäten Karlsruhe und Konstanz vorbildlich bei Einführung gestufter Studiengänge - Frankenberg will landesweite Umstellung auf BA/MA bis 2010.

“Die flächendeckende Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen ist eines der wichtigsten Ziele baden-württembergischer Hochschulpolitik. Wir brauchen die gestuften Studiengänge, denn nur sie bieten eine zeitgemäße Antwort auf die bildungspolitischen Herausforderungen in nationaler und internationaler Hinsicht.” Dies erklärte Wissenschaftsminister Prof. Dr. Peter Frankenberg vor Medienvertretern am 17. Juni in Stuttgart. Frankenberg begrüßte die Entscheidung der Kultusministerkonferenz (KMK) von vergangener Woche, “10 Thesen zur Bachelor- und Masterstruktur in Deutschland” zu verabschieden. “Dass sich die Länder darauf geeinigt haben, die Einführung des gestuften Systems bis zum Jahr 2010 zu realisieren, ist Beweis für die große Akzeptanz, die dieses Studienmodell inzwischen gefunden hat.” Baden-Württemberg werde bei der Umstellung auf Bachelor/Master (BA/MA) auch weiterhin vorangehen.

“Zu den Vorteilen der gestuften Studiengänge nach dem BA/MA-Modell gehört, dass sie international kompatibel sind. Zum anderen - und das ist noch wichtiger - leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Studienstrukturreform”, betonte Frankenberg. Denn das BA/MA-Modell ermögliche ein kurzes, systematisch aufgebautes und straff organisiertes Erststudium, das den Erwartungen der Arbeitgeber nach einer Vielzahl gut ausgebildeter Absolventen entgegen kommt. Im Anschluss an diesen ersten berufsqualifizierenden Bachelor-Abschluss erhalten besonders geeignete und wissenschaftlich ambitionierte Absolventen die Möglichkeit, sich mit einem Master- oder Promotionsstudiengang weiter zu qualifizieren. Nach Auffassung des Ministers sollten die Hochschulen im Interesse der Studierenden mit dem BA/MA-Modell auch kompatible Leistungspunktesysteme einführen.

Mutiger Schritt in die richtige Richtung

Der Minister stellte die Universitäten Karlsruhe und Konstanz besonders heraus, weil diese bei der Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen vorbildlich seien. “Die Karlsruher Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften hat die neuen Studiengänge bereits im Jahr 1999 eingeführt und mittlerweile die anfangs parallel angebotenen Magister-Studiengänge komplett abgeschafft. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, da nur eine komplette Umstellung den Erfolg der neuen Studiengänge garantieren kann. Solange es weiterhin ein Parallelangebot gibt, wird der Arbeitsmarkt Bachelor- und Master-Abschlüsse möglicherweise nicht akzeptieren. Der Weg dorthin ist aber nicht mehr umkehrbar.” Frankenberg unterstrich auch die Rolle der Universität Konstanz, die nahezu ihr komplettes Studienangebot auf Bachelor- und Master-Studiengänge umstellen will. “Konstanz wird mit diesem mutigen Schritt auch bundesweit Vorbildfunktion übernehmen”, betonte Frankenberg. “Ich bin vom Erfolg dieses neuen Kurses überzeugt.”

Von Graevenitz: „Wir betreten Neuland“

Der Rektor der Universität Konstanz, Prof. Dr. Gerhart von Graevenitz, erklärte dazu: “Wir planen die Einführung der Bachelor- und Master-Studiengänge in einer fünfjährigen Übergangsphase. Die neuen Studiengänge werden in vielen Fachbereichen bereits zum kommenden Wintersemester angeboten. Die Geisteswissenschaftliche Sektion hat das Studienangebot schon komplett umgestellt. Wir betreten Neuland, und anhand der praktischen Erfahrungen, die wir mit den neuen Studiengängen machen, werden wir die Studienstrukturen weiter entwickeln.”

In den nächsten Monaten und Jahren komme es darauf an, die Feinabstimmung vorzunehmen. Ein wichtiger Punkt sei zum Beispiel die Integration des Auslandstudiums in die zweiphasige Studienstruktur. “Die erfolgreiche Umstellung auf Bachelor- und Master-Studiengänge ist nur dann möglich, wenn Studienstrukturen und -inhalte neu definiert werden. Bachelor und Master dürfen kein alter Wein, sondern müssen neuer Wein in neuen Schläuchen sein. Nötig ist ein Paradigmenwechsel, keine Umetikettierung”, betonte der Konstanzer Rektor. Vor allem dürfe der Bachelor kein “Abbrecherzertifikat” im Rahmen der alten Studienstrukturen werden.

Von Graevenitz berichtete weiter, dass die Nachfrage nach den zum vergangenen Wintersemester neu eingerichteten Bachelor- und Master-Studiengängen wie Sportwissenschaft, Life Science und Biological Sciences sehr groß sei, zwischen 40 und 80 Prozent der Bewerber hätten abgewiesen werden müssen. Die Nachfrage nach zulassungsfreien BA-/MA-Studiengängen wie Philosophie und Geschichte sei allerdings eher verhalten gewesen. “Als Konsequenz aus dieser Erfahrung werden ab Wintersemester 2003/04 keine entsprechenden Magister-Studiengänge für Studienanfänger mehr angeboten.”

Thum: „Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften hat Pionierrolle“

“Wir sind Überzeugungstäter”, bekannte der Dekan der Fakultät für Geistes- und Sozialwissenschaften der Universität Karlsruhe, Prof. Dr. Bernd Thum. Bereits 1999 hat die Fakultät als erste im Land alle herkömmlichen Magisterstudiengänge in Bachelor/Master-Studiengänge umgewandelt und zugleich berufsfeldorientierte Studienkomponenten eingeführt. Den Auschlag gegeben hätten Mängel des alten

Studiensystems, nämlich unzureichende Strukturierung des Studiums und daher nicht selten Ziellosigkeit der Studierenden, lange Studiendauer und geringe Bezüge des Studiums zu möglichen Berufsfeldern der Absolventinnen und Absolventen.

“Wir haben in diesem Jahr die ersten Absolventen mit einem Bachelor-Abschluss und können bereits definitiv Aussagen über den Erfolg des gestuften Systems treffen”, sagte Thum. “Eine Erhebung hat ergeben, dass Bachelor-Studierende im ersten Semester weitaus erfolgreicher an einer Klausur teilnehmen als Studierende der traditionellen Magister-Studiengänge.” Die Motivation und der Studienerfolg seien größer. Die Abbrecherquoten seien wesentlich geringer als beim alten Studiensystem und tendierten bei manchen Fächer-

kombinationen wie Germanistik / Journalismus gegen Null. “Auch der Wille, die sechs Semester Regelstudienzeit für das Bachelor-Studium nicht wesentlich zu überschreiten, lässt sich belegen”, so Dekan Thum. Die meisten würden voraussichtlich im siebten Semester ihre Bachelor-Prüfung ablegen, wobei bereits im sechsten Semester alle erforderlichen Leistungsnachweise vorlägen. Allerdings, so Thum, beabsichtige immer noch eine Mehrheit, ihr Studium mit der Bachelor-Prüfung keinesfalls zu beenden, sondern auf der Masterstufe vier Semester bis zum Erwerb vertiefter “klassischer” Fachkompetenz weiterzuführen. Voraussetzung dafür sei freilich die Mindestnote “gut”.

Thum kündigte an, dass die Universität das ECTS-Leistungspunktesystem

für alle Fächer der Fakultät einführen werde. Außerdem sei an der Fakultät die probeweise Einführung eines Studien-Assistenz-Systems geplant wie es an der Universität Ulm bereits vorliegt. Die Einführung des Bachelor/Master-Studiums in Karlsruhe ermöglicht es der Fakultät laut deren Dekan auch, sich international besser zu vernetzen, zum Beispiel durch den bereits vertraglich gesicherten Austausch von ganzen Teil-Studiengängen mit der Partneruniversität Bergamo in Italien.

PRESSEMITTEILUNG DES MINISTERIUMS
FÜR WISSENSCHAFT, FORSCHUNG
UND KUNST

Das Menschliche fehlt am Fachbereich

Was viele vielleicht schon gehört haben, aber keiner mit Sicherheit wusste: Frau Blatt, eine unserer großen Stützen am Fachbereich, wird uns im nächsten Jahr in den wohlverdienten Ruhestand verlassen. Der PoWalter (Ausgabe Nr. 35, Juli 2003) hatte dies zum Anlass genommen, mit ihr noch einmal die vergangenen Jahre und die aktuelle Situation am Fachbereich zu rekapitulieren und nach ihren Plänen für die Zukunft zu fragen. Im Folgenden nun ein Auszug dieses Interviews:

Frau Blatt, Sie gehen im August nächsten Jahres in Ihren wohlverdienten Ruhestand. Deshalb möchten wir Sie gerne zuerst einige Dinge zu Ihrem Werdegang fragen. Seit wann sind Sie an der Uni Konstanz tätig?

Seit 13 Jahren. Ich hatte zuerst vom Studiengang gar keine Ahnung aber ich habe mir innerhalb weniger Wochen alles so gut wie möglich angeeignet, und es hat dann auch funktioniert.

Haben Sie damals auch als Sekretärin im Prüfungssekretariat angefangen?

Ja, zusammen mit Frau Santo. Frau Santo hatte meinen jetzigen Job inne und ich habe mich um das Prüfungsverwaltungssystem gekümmert. Das ist in der Zeit eingeführt worden, wie ich an der Uni angefangen habe. Davor gab es ja noch die Scheine über bestandene

Prüfungen, die die Studenten sich abholen mussten.

Neues Computersystem an der Uni

Was halten Sie denn von dem Computersystem zur Klausurenanmeldung, das ist ja recht anfällig?

Sagen wir mal so: Wir haben durch das Computersystem eine bessere Kontrolle über die Studenten, was Versuche anbelangt zum Beispiel. Ich denke, ein Computer ist immer anfällig, egal, was für einen sie jetzt haben. Dann soll noch zum Wintersemester, quasi mit der Bachelor-Einführung, das universitäre Prüfungsverwaltungssystem eingeführt werden. Das soll dann praktisch so werden, dass das Rektorat auch auf die Daten zugreifen kann und zum Beispiel Vordiplome direkt ausgestellt werden können.

Das neue universitäre System kann sicherlich sehr vieles mehr, aber es ist teilweise auch sehr kompliziert.

Was würden Sie sagen, waren die Highlights Ihrer Zeit an der Uni?

Vor allem Herr Neidhart! Sein Büro ist ja immer ein Chaos, aber er findet sich da zurecht. Der Herr Neidhart ist so ein Mensch, wie ich mir Professoren immer vorgestellt habe, mit einer gewissen Ausstrahlung. Davon haben wir hier am Fachbereich nicht mehr viele.

Und mit den Studenten hatte ich auch schöne Situationen. Ich habe viele, die wirklich das Studium schmeißen wollten, dazu gebracht, dass sie weitermachen, und die haben dann ein tolles Diplom gemacht und sind heute wirklich in tollen Jobs drin.

Zu manchen Absolventen heute noch ein gutes Verhältnis

Und zu denen habe ich auch noch heute ein gutes Verhältnis. Ich weiß nicht, wie die Professoren sich das vorstellen. Manche haben zu mir gesagt: „Das machen Sie aber auch nur am Anfang so, Frau Blatt“. Ich habe gesagt, ich höre es nie auf.

Was sind denn die großen Veränderungen von der PO 99 zum Bachelor?

Der Bachelor ist erst mal kürzer und die Kurse sind festgelegt. Man hat keine mündliche Prüfung, dafür macht man insgesamt 12 Scheine. Das heißt, jedes Jahr vier Scheine, und dann ist man nach drei Jahren fertig. Ein Arbeitsaufenthalt ist auch dabei. Mit einem 2,5er Abschluss beim Bachelor darf man dann nachher den Master machen. Der dauert dann noch mal zwei Jahre.

Verwaltung ist immer mehr zum Ellenbogenstudium geworden

Finden Sie, dass sich die Studenten im Laufe der Jahre verändert haben?

Ich denke mal, grade die jetzigen Studenten seit der PO 99, die haben sich mehr aufs Studium vorbereitet. Auch hat man den Eindruck, es ist mehr ein Ellenbogenstudium geworden, jeder für sich. Und immer, wenn was schiefgelaufen ist im Studium, beschwerten sich die Leute bei mir. Und ich sage: Leute, Ihr müsst auch selber was tun! Geht doch mal hin und macht einen Antrag mit mehreren Unterschriften, das und das ist falsch gelaufen.

Denken Sie denn, das würde funktionieren bzw. wäre durchsetzbar am Fachbereich? Viele Studenten trauen sich auch nicht - es könnte ihnen ja irgendwann schaden.

Früher mehr Zusammenarbeit mit der Fachschaft

Also, ich kenne noch Fachschaftsarbeit, da ist echt mobil gemacht worden, die haben auch wirklich was getan bei solchen Sachen.

Früher war da auch mehr Zusammenarbeit. Gut, es ist natürlich so eine

Sache, wenn man was gegen einen Professor vorbringt. Es könnte ja sein, dass der einen irgendwann prüft. Das ist der Angstfaktor. Aber ich denke, die Studenten lassen sich viel zu viel gefallen. Wenn ich eine 4 oder 5 als Note bekomme, dann muss ich doch hingehen und fragen: warum? Das ist ja auch wichtig für den zweiten Versuch. Dafür gibt es die Sprechstunden der Dozenten und die werden auch sehr viel angeboten. Ich kann doch nicht einfach eine schlechte Note hinnehmen und sagen, ich armer Student!

Würden Sie sagen, Ihr Verhältnis zu den Professoren oder zu den Studenten ist besser?



Frau Blatt

Ich komme mit beiden gut aus. Ich höre aber auch beide Seiten. Wenn mir ein Student sagt, in der mündlichen Prüfung war der Professor unfair, dann kann es passieren, dass ich mit dem Professor darüber rede, und höre dann von dem: „Wenn nichts kommt, kann ich nichts machen“. Und wenn ich dann mit dem Studenten rede, dann heißt es: *jaja, das stimmt schon.*

„Ich komme mit Studierenden und Professoren gut aus“

Aber erst reinkommen und meckern. Wenn ich jetzt ein Anliegen habe, dann kann ich mit jedem reden.

Kommt es häufig vor, dass Sie zwischen beiden Seiten vermitteln? Denken Sie, dass das überhaupt Ihre Aufgabe ist?

Ja, es kommt oft vor, aber es ist nicht meine eigentliche Aufgabe. Alles, was ich hier mache, ist nicht meine Aufgabe.

Die Betreuung der Studierenden müsste besser sein

Aber bei mir ist auch wieder der Hintergrund, dass ich selber vier Kinder habe, davon haben drei studiert. Und ich weiß, was die erzählt haben, wie sie überall abgeblitzt sind, und habe immer gesagt, das passiert bei mir nicht.

Was denken Sie, ist verbesserungswürdig am Fachbereich?

Da kann man jetzt so nichts sagen. Vielleicht die Betreuung der Studenten, die müsste besser sein. Gerade beim Bachelor ist die Betreuung und Beratung das wichtigste. Die Struktur ist ganz anders beim BA als beim Diplom.

Wer macht die Betreuung Bachelor am Fachbereich?

Nachfolge Schäfer, wenn es das gibt. Und die Professoren.

Sind da schon Informationsveranstaltungen geplant?

Ich denke, das kommt noch. Aber wichtig ist, es muss hier, in unserem Bereich, funktionieren. Solange Frau Schäfer noch da ist, wird sich keiner drum kümmern.

Wenn Frau Schäfer geht, wird man das merken

Dann wird ein Glied in der ganzen Kette fehlen. Ich habe mir das Wissen zwar auch einigermaßen angeeignet, aber ich kann nicht diese Entscheidungen treffen, die Frau Schäfer trifft. Da sehe ich ein großes Problem, wenn Frau Schäfer im Februar 2004 geht, und ich noch bis Mitte August dableibe.

Wie sieht die Nachfolgeregelung aus?

Ich weiß nur, dass die eine halbe Stelle von Frau Schäfer dem Herrn Seibel zugesprochen wurde bei seinen Bleibeverhandlungen. Dann gibt es noch eine halbe Stelle. Aber wer macht Erasmus zum Beispiel? Das ist für die Frau Schäfer das Schlimmste, denn sie befürchtet, das wird den Bach runtergehen. Bei mir fällt auch eine halbe Stelle weg für die neue C4-Professur, die eingeführt wird.

Keiner macht sich Gedanken darüber, wie es weitergeht

Für die Studenten ist es auch schwer mit den ganzen Vertretern bei den Dozenten. Man muss sich ja quasi vom einen zum anderen Semester auf ein anderes Gesicht einstellen. Nicht studentenfrendlich. Aber man ist an dem Fachbereich sowieso nicht studentenfrendlich. Das Menschliche fehlt.

Wie sehen denn Ihre privaten Pläne für den Ruhestand aus?

Mit meinem Mann viel reisen. Und dann wollte ich ein bisschen in die Altenpflege oder Altenbetreuung

gehen. Früher wollte ich mal Krankenschwester werden... Und irgendwo ist das immer noch so in meinem Hinterkopf. Vielleicht Rotes Kreuz oder so.

Hat Ihnen der Job an der Uni Spaß gemacht?

Keiner macht sich Gedanken darüber, wie es weiter geht

Mir hat es immer Spaß gemacht. Mir macht er jetzt im Moment nicht mehr so viel Spaß, weil wir die Umstrukturierung haben und sich keiner Gedanken macht, wie es weitergeht.

Das hemmt, dann hat man auch nicht mehr so die Energie.

Gibt es noch etwas, was Sie den Studenten mitgeben möchten?

Sie sollten zuhören können, was die meisten Leute nicht können. Das ist sehr wichtig. Man sollte auch mal ein offenes Ohr für ein Problem von Kollegen haben. Und was ich immer den Studenten sage: Bloß keine Panik schieben, wenn irgendwas unklar ist. Kommt lieber zu mir oder Frau Schäfer, und fragt.

Vielen Dank für das Gespräch.

DAS INTERVIEW FÜHRTEN
DAVID LEHMKUHL UND
CORNELIA MEINUNG.

Konstanz Spitze im Forschungsranking

Deutsche Forschungsgemeinschaft legte ihr jüngstes Forschungsranking vor
Die ZEIT berichtete ausführlich (www.zeit.de/hochschule/forschungsranking)

Erfreulich für uns Ex-Konstanzer ist das Abschneiden unserer ehemaligen Universität: Fast überall steht sie (mit) an der Spitze. Das gilt insbesondere für die Sozialwissenschaften. Hier waren die Konstanzer Professoren im Untersuchungszeitraum laut ZEIT "einsame Spitze": Sie haben in den Geistes- und Sozialwissenschaften die meisten DFG-Fördergelder eingeworben. Die ZEIT leistet in ihrem Bericht zudem einen Beitrag zur Überwindung methodischer Streitigkeiten. Sie ergänzt das Ranking auf Basis quantitativer Indikatoren nämlich durch einen Bericht, der auf qualitativen Einschätzungen aus Expertensicht beruht. Und das Schöne daran: Auch dann schneidet Konstanz hervorragend ab.

So jedenfalls der Bericht über Konstanz in der ZEIT: "Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen Windmühlen - und die anderen ziehen Mauern hoch", sagt in Konstanz der Philosoph Jürgen Mittelstraß. Auf dem Campus der erst 1964 gegründeten Reformuniversität dreht sich weithin sichtbar ein großes Windrad. Hier

stemmt man sich nicht gegen den Wandel, man treibt ihn an. Von Anfang an wurden in Konstanz die herkömmlichen Institute aufgelöst, um die Zusammenarbeit zu fördern. Statt in großen Hörsälen wird in kleinen Seminarräumen gelehrt, und eine kühne Architektur mit geschwungenen Formen und kurzen Wegen erzeugt jene inspirierende Atmosphäre, die man im Stuttgarter Pfaffenwald so schmerzlich vermisst. Und erst die Bibliothek! Das Herz der Universität, von allen Seiten zugänglich "und 24 Stunden am Tag geöffnet, fantastisch, wo finden Sie das sonst?", schwärmt Mittelstraß ... Die kleine Hochschule mit nur 8000 Studenten liegt in den Geistes- und Sozialwissenschaften an der Spitze, nimmt in der Biologie Platz zwei und in den Naturwissenschaften Platz drei im relativen Ranking der DFG ein - ein Erfolg, den Mittelstraß nicht nur auf die besondere Atmosphäre der Universität, die Kooperation zwischen Natur- und Geisteswissenschaftlern, sondern vor allem auch auf eine gute Berufungspolitik zurückführt. "Wir haben uns von Anfang an bemüht, die Besten zu bekom-

men. Da sind Standards gesetzt worden, die keiner mehr gerne unterschreitet ..."

PRESSEMITTEILUNG NR. 85
VOM 04.07.2003 (AUSZUG)

Das neue Ranking der Deutschen Forschungsgemeinschaft liegt vor. Ein klares Fazit: Die Hochburgen deutscher Forschung liegen fast sämtlich im Süden Deutschlands. ...Betrachtet man die Höhe der eingeworbenen Gelder pro beschäftigten Professor, gelangen fünf Baden-Württembergische und zwei Bayrische Wissenschaftsstandorte unter die Top Ten. Darunter ist Konstanz auf Platz vier.

"Die Universität Konstanz hat sich als kleine Universität im Ranking der Deutschen Forschungsgemeinschaft einen starken Platz erkämpft," so Prof. Dr. Gerhart v. Graevenitz, Rektor der Universität Konstanz.

Mehr Informationen zum DFG-Ranking finden Sie unter:
www.dfg.de/ranking/index.html

Universität Konstanz beliebteste Gastuniversität

Mit schöner Regelmäßigkeit findet sich die Universität Konstanz im Humboldt-Ranking ganz oben wieder. Wie die Humboldt-Stiftung bekannt gibt, gilt Konstanz bei den von der Stiftung geförderten internationalen Spitzenforschern als attraktivste deutsche Hochschule. Da sich die Gast-Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftler ihre deutsche Universität selbst aussuchen, darf ihre Wahl als aussagekräftiger Indikator für das internationale Ansehen einer Forschungsstätte verstanden werden. "Das Ergebnis ist eine Abstimmung mit den

Füßen" kommentiert die Stiftung das aktuelle Ergebnis.

Die Universitäten Heidelberg und Stuttgart folgen auf den Plätzen. Das Ranking berücksichtigt die Größe der Universitäten. So wird die Anzahl der Forschungsaufenthalte in Beziehung gesetzt zu der Anzahl der Professuren an einer Hochschule. An der Universität Konstanz wurden im Erhebungszeitraum 1998 bis 2002 so 34,25 Gastwissenschaftler pro 100 Professuren gezählt. Bei den absoluten Zahlen nehmen erwartungsgemäß die großen Universitäten

des Landes die Spitzenplätze ein. Die Universität München ist hier erste, gefolgt von der TU München und der FU Berlin.

Die Universität Konstanz führt ein Spitzenfeld an. Rund die Hälfte der insgesamt 4713 Forschungsaufenthalte von Forschungsstipendiaten und Preisträgern entfallen auf gerade mal 23 Hochschulen, die andere Hälfte teilen sich 254 Institutionen.

PRESSEMITTEILUNG NR. 46
VOM 02.05.2003

Erweiterungsbau der Universitätsbibliothek bezogen

Nach zweieinhalbjähriger Bauzeit wurde im Frühjahr 2003 der Erweiterungsbau der Universitätsbibliothek bezogen.

Entstanden ist eine 17 Meter hohe vollklimatisierte, schrägverglaste Halle, in die sechs Buchaufstellenebenen wie ein begehbare Stahlhochregallager hineingestellt sind. Dieser Konstruktion zuge-

ordnet sind 54 übereinander gestapelte "Betonwaben" für Gruppenarbeit bei natürlicher Fensterlüftung.

Die Baukosten betragen 13 Millionen Euro. Eine halbe Million zusätzlicher Bücher und 500 neue Datenarbeitsplätze bedeuten 4.300 Quadratmeter Hauptnutzfläche. Damit stehen den internen und externen Nutzern der

Universitätsbibliothek - vor 38 Jahren als erste Freihandbibliothek Deutschlands gegründet - jetzt insgesamt 2,5 Millionen Bücher und 1.250 Arbeitsplätze zur Verfügung.

PRESSEMITTEILUNG NR. 92
VOM 18.07.2003 (AUSZUG)

Druck auf die Blockierer wird weiter steigen

Ein Jahr nach Johannesburg – hat sich was bewegt?
Ausbau der erneuerbaren Energien der wichtigste Erfolg
Publik Forum fragt Dr. Reinhard Hermle von Misereor.

Vor einem Jahr erklärten über 150 Regierungschefs beim Weltgipfel in Johannesburg mehr als bisher für den Umwelt- und Naturschutz und die Armutsbekämpfung tun zu wollen und verabschiedeten einen Aktionsplan für eine nachhaltige Entwicklung. Waren dies mehr als Absichtserklärungen?

In Johannesburg trafen sehr viele unterschiedliche Interessen aufeinander. Es gab viele Kompromisse auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner oder wichtige Entscheidungen wie beispielsweise im Handelsbereich wurden ver-

tagt. Johannesburg war auch ein Abwehrkampf gegen jene, welche das Rad wieder zurückdrehen wollten. Dies setzt sich bis heute fort, vieles greift erst ansatzweise.

In dem Johannesburg-Aktionsplan verpflichteten sich die Regierungen beispielsweise dazu, den Ausbau der erneuerbaren Energien bedeutend zu steigern. Was wurde hierzu praktisch unternommen?

Die Vereinbarung in Johannesburg blieb aufgrund der Weigerung insbe-

sondere der USA und der OPEC-Staaten weit hinter den Vorschlägen der EU und anderer zurück. Danach sollte der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch auf 15 Prozent bis zum Jahr 2010 gesteigert werden. Nicht zuletzt aufgrund der Bemühungen Deutschlands haben sich mittlerweile über 80 Staaten, die mit dem Ergebnis von Johannesburg unzufrieden waren, zu einem Bündnis derer zusammengeschlossen, die weiter gehen wollen. Darunter befinden sich auch wichtige Schwellenländer der G-77-Gruppe wie Südafrika oder

Brasilien. Allein die Bundesregierung will für die kommenden fünf Jahre 500 Millionen Euro für den globalen Ausbau der erneuerbaren Energien zur Verfügung stellen. Die Internationale Konferenz für Erneuerbare Energien im kommenden Juni in Bonn, zu der die Bundesregierung einlädt, wird weiteren Druck auf die Blockierer einer nachhaltigen Energieversorgung ausüben. Schon jetzt sind die erneuerbaren Energien ein zunehmend wichtiger Wirtschaftsfaktor, dies stärkt die Vorreiter.

Wie sieht es beim Lebensmittel Nummer Eins, dem Wasser aus? Der Anteil der Menschen ohne Zugang zu sicherem Trinkwasser soll bis zum Jahr 2015 weltweit halbiert werden, heißt es im Johannesburger Aktionsplan.

Das Wasser-Thema spielte in Johannesburg tatsächlich eine zentrale Rolle. Die Beschlüsse finden inzwischen in vielen Aktionsplänen ihren Niederschlag. Positiv ist die Initiative der EU für eine verbesserte Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in den Entwicklungsländern, hierfür wurde nun eine Milliarde Euro bereitgestellt. Was mich allerdings besorgt, ist, dass dieser Bereich verstärkt vom Sog der globalen Liberalisierung der Dienstleistungen erfasst wird und auch die Wasserversorgung in Ländern des Südens zunehmend ins Visier entsprechender europäischer Unternehmen gerät. Ich sehe die Gefahr, dass sich Investitionen auf lukrative Märkte in den Städten konzentrieren und der ländliche Raum und die Ärmern abgehängt werden. Richtig ist, dass in vielen Ländern auch der Staat sich als unfähig erweist, die Wasser- und Abwasserproblematik flächendeckend zu regeln. Ob allerdings private Investoren hier besser sind, darf bezweifelt werden. Wenn Privatisierung, dann nicht ohne staatliche Auflagen, die sicher stellen, dass nicht diejenigen wieder zu kurz kommen, die auch bisher schon benachteiligt waren.

Wie sehen Sie die Rolle der Wirtschaft in der Entwicklungszusammenarbeit? Beispielsweise machten sich ja Daimler Chrysler oder Coca-Cola gemeinsam

mit Greenpeace in Johannesburg für mehr Klimaschutz stark, Kofi Annan initiierte zusammen mit der Wirtschaft einen Global Compact als freiwillige Selbstverpflichtung für die Einhaltung von sozialen und ökologischen Mindeststandards.

Ein wichtiger Erfolg von Johannesburg war, dass sich die Regierungen - nicht zuletzt aufgrund des Drucks von Nicht-Regierungsorganisationen - verpflichteten, die private Wirtschaft im Sinne der Rio-Prinzipien verstärkt in die Pflicht zu nehmen und zwischenstaatliche Regelungen dafür zu entwickeln und durchzusetzen. In den Rio-Vereinbarungen von 1992 wurde die Verantwortung der Wirtschaft noch gar nicht erwähnt. Unternehmen spielen eine sehr wichtige Rolle in der Globalisierung und müssen zu ihrer sozial-umweltverträglichen Gestaltung erheblich beitragen. Hierfür brauchen wir jedoch konkrete, verbindliche Regeln und Standards, freiwillige Verhaltenskodexe reichen nicht aus. Ich habe kein Problem damit, wenn Nicht-Regierungsorganisationen mit Wirtschaftsunternehmen kooperieren, wenn damit ein am Gemeinwohl orientierter Mehrwert erbracht wird. Dies muss beispielsweise der Global Compact der UN erst noch nachweisen, mir schmeckt er im Moment noch zu sehr nach Public Relations.



Dr. phil. Reinhard Hermle

...leitet die Abteilung Entwicklungspolitik beim Bischöflichen Hilfswerk Misereor in Aachen. Er nahm als Vorsitzender des Verbandes Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) am Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung 2002 in Johannesburg teil.

Wo setzt Misereor seine Schwerpunkte für die verstärkte Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung nach Johannesburg?

Im Wesentlichen ging es in Johannesburg um die Armutsbekämpfung und Bewahrung der Schöpfung. Dies sind die ureigensten Themen von Misereor. In der Projektarbeit vor Ort versuchen wir weiterhin, dies konkret voran zu bringen. Auf politischer Ebene setzen wir den Schwerpunkt bei Fragen des Welthandels, dem Abbau von marktverzerrenden und umweltzerstörenden Subventionen oder der Patentierung von Lebensformen und machen Lobbyarbeit dafür, dass mehr Geld für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellt wird.

In Johannesburg wurde wieder einmal eine Anhebung der Entwicklungshilfe der Industrieländer auf 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts gefordert. Seit Jahren tut sich hier wenig. Hat sich denn der Ansatz der Entwicklungshilfe im Zeitalter der globalisierten Märkte nicht selbst überlebt?

Nein, ein Finanztransfer ist nach wie vor sehr wichtig. Gerade die ärmsten Länder sind kaum in der Lage privates Kapital anzuziehen. Es ist zwar manches schief gelaufen in der Entwicklungshilfe und man muss auch verstärkt die strukturellen Fragen angehen wie die Handelspolitik oder die Schuldenfrage, doch man sollte das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Die 0,7 Prozent sind nach wie vor weltweit das wichtigste Symbol für internationale Solidarität und ein Indikator - nicht der einzige - dafür, was uns diese wert ist. Länder wie die USA, welche derzeit nur 0,1 Prozent des Bruttosozialprodukts für die Entwicklungshilfe bereitstellen, zeigen damit, dass ihnen auch andere Bereiche der internationalen Zusammenarbeit nicht wichtig sind. Die geplante Erhöhung der deutschen ODA (Official Development Assistance)-Quote von derzeit 0,27 Prozent auf 0,33 Prozent des Bruttosozialprodukts bis 2006 ist ein kleiner Lichtblick. Aber noch steht sie erst auf dem Papier.

HANS-CHRISTOPH NEIDLEIN

Neues aus der Geschäftsstelle im Oktober 2003

In letzter Zeit gab es wieder vermehrt Beitritte und wir haben im Moment einen Mitgliederbestand von 336 Mitgliedern (es waren auch einige Austritte in den letzten Monaten zu verzeichnen).

Derzeit haben wir 25 Mitglieder, deren Adresse nicht mehr stimmt, somit können wir hier auch eine Infos mehr verschicken. Im Anhang an den Artikel wieder die Liste der "Vermissten". Wie in jedem KonText ergeht deshalb auch heute wieder der dringende Aufruf, uns alle Umzüge und Veränderungen in euren Daten zu melden. Die neue Mitgliederliste im Frühjahr 2004 werden wir um Mitglieder, die länger als zwei Jahre vermisst, sind bereinigen.

Der Mitgliederbestand der bekannten Adressen teilt sich derzeit in 87 Frauen und 224 Männer auf. Dabei mal ein kleiner Blick auf die Nachwuchssituation bei unseren Mitgliedern: 233 sind ohne Kind, 41 haben 1 Kind, 43 Mitglieder haben 2 Kinder und bei drei Kinder sind es nur noch 17 und vier Kinder haben genau 2 Mitglieder.

Im Frühjahr diesen Jahres haben wir unseren Datenbestand neu erfasst und haben in diesem Zuge auch die Positionen Branche und Funktion auswertbar gemacht. Die meisten Mitglieder sind demnach in der Industrie und in der Wissenschaft (kommt von der steigenden Anzahl der Studenten) tätig, nämlich jeweils 15 % unserer Gesamtmitglieder. Danach folgen die öffentliche Verwaltung mit 14 % und die Beratungsbranche mit 10 %.

Jürgen Banzhaf und die Geschäftsstelle haben in diesem Sommer wieder eine Aktion zur Anmahnung von säumigen Beitragszahlern gestartet. Nachdem die Resonanz nicht so toll war, werden wir an Mitglieder, die die Beiträge aus den Jahren 1999 bis 2002 noch nicht bezahlt haben, keinen KonText, Mitgliederlisten etc. verschicken.

JOLANDE WOLPERT &
CHRISTOPH SCHIEDEL
GESCHÄFTSSTELLE KONNET E. V.

Vermisst werden:

Busch, Herrmann
Fischer, Christian
Kegelmann, Jürgen
Korell, Thorsten
Kraus, Oliver
Kromer, Paul
Lachmann, Nadja
Löw, Bernhard
Mahnke, Christiane
Mahnke, Jörg
Maskow, Mark
Moneta, Dr. Henning
Müller, Annette
Neidhard, Hilda
Noller, Christine
Pfisterer, Thomas
Renz, Michael
Ritzkowski, Matthias
Saefel, Markus
Sonntag, Holger
Süpfle, Babro Ute
Thomae, Markus
Wahl, Christoph
Wallbaum, Christian

Der neue Vorstand von KonNet



Jürgen Hessenauer
1. Vorsitzender

Jürgen Hessenauer, 46, Gründungsinitiator von KonNet, studierte Verwaltungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Internationale Beziehungen. Er verbrachte die Zeit von 1983 bis 1985 an der University of California, Los Angeles (UCLA), wo er den M.A. in Political Science erwarb.

Nach dem Doppelstudium arbeitete Jürgen über 6 Jahre bei dem Entwicklungshilfeprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) in der Personalabteilung. Seine Aufgaben umfassten u.a. die Konzeption, Einführung und Umsetzung von internationalen Trainings in Führungskräfteentwicklung, Kommunikationsfähigkeiten, Teambuilding, Training of Trainers. In seiner Aufgabe als Trainer bereiste er viele Länder Afrikas und Asiens.

Ein kleines Zwischenspiel bei einer

kleinen Unternehmensberatung in München wurde zur Enttäuschung: Dort wurde zwar Motivation, Zusammengehörigkeitsgefühl und menschlicher Umgangston nach außen verkauft - aber im internen Arbeitsablauf wurden die Mitarbeiter demotiviert. Das entsprach nicht seiner Vorstellung von produktiver Zusammenarbeit. Er entschloss sich 1995, seine eigene Firma als Management Consultant und Trainer zu gründen, um es selbst besser zu machen.

Da seine Frau durch ihre Karriere ortsgelungen in Rom war, bot es sich für ihn an, neben den Büros in Groß-Gerau/Frankfurt und New York, auch ein Büro in der Ewigen Stadt einzurichten. Heute lebt Jürgen wieder in Groß-Gerau. Er ist seit der Vereinsgründung 1. Vorsitzender von KonNet e.V.



Katja Schwanke
2. Vorsitzende

Seit Oktober 1999 studiere ich Verwaltungswissenschaft mit Schwerpunkt (Profil) "Verwaltung und Management". Den Arbeitsaufenthalt absolvierte ich im Bundeswirtschaftsministerium im Referat "Wirtschaftspolitik für die Neuen Bundesländer" in Berlin. Während dieser Zeit nahm ich auch an den Berliner Verwalterstammtischen

teil. KonNet e.V. ist mir jedoch schon länger bekannt.

Seit dem ersten Semester engagiere ich mich in der Fachschaftsarbeit. Von KonNet aus wurde der Kontakt zur Fachschaft gesucht und seitdem berichte ich regelmäßig in den Ausgaben des KonText über die neuesten Entwicklungen am Fachbereich. Um zu wissen, mit wem ich es zu tun habe und für welchen Newsletter ich Berichte schreibe, trat ich im November 2001 dem Netzwerk bei.

Das Interesse am Studiengang Verwaltungswissenschaft fand ich durch ein Vorbild in der Schweiz. Nach meinem Abitur und einem Jahr Auszeit, währenddessen ich in Italien gearbeitet habe, suchte ich nach einem Studium im Bereich "Management". An der Hochschule St. Gallen entdeckte ich den Studiengang Staats- und Verwaltungswissenschaft, der mich mit seiner Grundidee, der inhaltlichen Zusammensetzung aus Wirtschaft, Politik und Jura, begeistert hatte. Nach einer kurzen Suche in der deutschen Studienlandschaft, fand ich meinen Platz: in Konstanz.



Jürgen Banzhaf
Schatzmeister

Jürgen Banzhaf, 43 Jahre, studierte von 1980 bis 1986 Verwaltungswissenschaft, mit dem Schwerpunkt Personal und Organisation. Der "Höhepunkt" seines Studiums waren 2 Semester an der Rutgers University in New Jersey (USA). Im Oktober 1986 hat er bei der Deutschen Bank als Trainee begonnen, in der Filiale Freiburg das Bankgeschäft kennengelernt und damit den Überblick erhalten, der für eine Aufgabe im Organisationsbereich einer Bank notwendig ist.

Seit 1988 ist Jürgen im Zentral-Bereich Organisation in Frankfurt tätig. Während dieser Zeit war er drei Jahre als Berater und Projektleiter vorwiegend im Ausland tätig, in New York, London, Paris und Brüssel sowie beim Aufbau einer Filiale in Wien. Außerdem hat er eine Gruppe für Personalcontrolling aufgebaut, die die Umsetzung der Filialreorganisation überwacht

Im Rahmen der Fachschaftsarbeit habe ich innerhalb der letzten vier Jahre viele Gremienämter besetzt und bin derzeit in der Studiengangskommission an der Ausarbeitung der neuen Prüfungsordnungen beteiligt. Ebenfalls seit dem ersten Semester bin ich als Hiwi am Lehrstuhl für Innenpolitik bei Prof. Seibel angestellt. Den größten und liebsten Teil meiner Freizeit verbringe ich in den zwei studentischen Unternehmensberatungen CCT e.V. in Berlin und Praxiskontakte e.V. in Konstanz.

Seit der KonNet- Mitgliederversammlung in Brüssel bereicherte sich mein Wirkungskreis um eine neue Aufgabe. Überraschenderweise wurde ich während der Wahl des Zweiten Vorsitzenden vorgeschlagen. An dieser Stelle möchte ich mich für das mir entgegengebrachte Vertrauen bedanken. Gerne übernehme ich - mit Standortvorteil in Konstanz - die Aufgaben an der Schnittstelle zwischen KonNet und dem Fachbereich als auch zusammen mit den anderen Vorstandsmitgliedern und der Geschäftsleitung die Arbeit an der Weiterentwicklung des Netzwerkes Konstanzer VerwalterInnen.

te und Maßnahmen zur Kapazitätsoptimierung ausarbeitete.

Im Zuge der globalen Ausrichtung der Deutschen Bank hat Jürgen die Umsetzung einer weltweit einheitlichen Struktur im Konzernbereich IT/Operations begleitet. Seine Tätigkeitsschwerpunkte in den letzten Jahren waren strategische Planung, Kostenmanagement und Benchmarking. Derzeit ist er verantwortlich für die Steuerung der IT-orientierten Beteiligungsgesellschaften des Konzerns.

Jürgen Banzhaf ist verheiratet und hat zwei Kinder. Dies beschreibt derzeit hinreichend seine Hobbies, denn sonst bleibt keine Zeit. Außer vielleicht für KonNet, denn auf der letzten Mitgliederversammlung hat er zum dritten Mal das Amt des Schatzmeisters übernommen.



Christoph Schiedel
Geschäftsführer

Christoph Schiedel, Jahrgang 1968, beendete 1992 sein Studium mit der Diplomarbeit "Alkoholprävention im Betrieb. Konzeption für ein Maschinenbauunternehmen in Baden-Württemberg.", die auch in der Reihe "Konstanzer Schriften zur Sozialwissenschaft" (herausgegeben von Prof. Dr. Horst Baier und Prof. Dr. Erhard R. Wiehn) erschienen ist. Nach dem Studium baute er zunächst den Bauträger- und Immobilienbereich einer großen kirchlichen Stiftung auf. Danach wechselte er als Assistent der Geschäftsleitung zu einer bundesweit tätigen Unternehmensgruppe der Bauträger- und Finanzdienstleistungsbranche, wo er schwerpunktmäßig für die Leitung der Niederlassung Leipzig zuständig war. Seit 1. Februar 2000 ist Christoph Schiedel für

die Projektentwicklung bei einem mittelständischen Bauträger in Ulm verantwortlich.

Christoph Schiedel engagiert sich seit 1997 für KonNet und ist zwischenzeitlich als Geschäftsführer Mitglied des Vorstandes. Insbesondere kümmert er sich um organisatorische Fragen, die Schrift- und Protokollführung und zusammen mit Jolande Wolpert um Versandaktionen.

Aus den Regionalgruppen ...

**KonNet ist mehr als nur der KonText
Der Verein lebt in den Regionalgruppen**



Sichtbar viel Spaß hatte die Berliner Regionalgruppe bei ihrem Stammtisch am 07. Oktober 2003 in den Schwarzwaldstuben (links). Bis spät in die Nacht wurde rege diskutiert. Wer auch mal vorbeischauchen möchte, ist herzlich willkommen. Ansprechpartner ist Martin Schölkopf (rechts).



Auch der noch junge Züricher Stammtisch verbringt unterhaltsame gemeinsame Stammtischabende.

